

Christiane Reinecke

Fragen an die sozialistische Lebensweise

Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED- ›Fürsorgediktatur‹

»Haben Sie ganz persönlich das Gefühl sozialer Sicherheit für sich und ihre Familie? Ja? Mehr ja als nein? Mehr nein als ja?«, oder: »Ich weiß nicht?«. Mit dieser Frage begann das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften 1983 eine Umfrage zum Einfluss der Sozialpolitik auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit in der DDR.¹ Die 1.261 befragten Männer und Frauen sollten sich dazu äußern, was soziale Sicherheit für sie persönlich bedeutete, und erklären, ob sie den einzelnen Bürger, den Staat, die eigenen Kinder, die Sozialversicherung oder die Betriebe für die Gewährung derartiger Sicherheiten in der Verantwortung sahen. Sie waren aufgerufen, das soziale Sicherungssystem der DDR mit dem der Bundesrepublik zu vergleichen, und wurden daraufhin befragt, welche sozialen Gruppen künftig besonders gefördert werden sollten. Schließlich sollten sie erklären, ob sie Aussagen zustimmten wie »Es gibt zu viele Leute, die unsere sozialpolitischen Maßnahmen ausnutzen, um sich Vorteile zu verschaffen« oder »Da jeder seinen Arbeitsplatz sicher weiß, lässt die Arbeitsdisziplin zu wünschen übrig«.

Dass die DDR-Bevölkerung in sozialwissenschaftlichen Umfragen auf ihre Meinung hin befragt wurde, war keineswegs eine Seltenheit. Vielmehr wurden seit den 1960er Jahren empirische Studien an einer Vielzahl von universitären und außeruniversitären Instituten in Ostdeutschland mit Hilfe von Fragebögen oder Interviews durchgeführt. DDR-Bürgerinnen und -Bürger wurden ebenso regelmäßig zu ihren bevorzugten Fernseh- oder Radiosendungen befragt, wie Daten zu ihren Konsumvorlieben, ihrer politischen Einstellung oder ihrem Arbeitsumfeld ermittelt wurden.² Welche Funktion diesen Umfragen im Rahmen des SED-Regimes zukam und in welchem Wechselverhältnis empirische Sozialforschung, Politik und Gesellschaft zueinander standen, ist allerdings bis dato zu wenig untersucht worden.³ Dabei eröffnen diese Fragen nicht nur den Zugang zu einer oft über-

1 Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, Fragebogen zur Studie: Einfluss der Sozialpolitik auf die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, 1983, GESIS, Köln, ZA 6889; zur Auswertung der Daten vgl. die in der DDR nur für den Dienstgebrauch freigegebene Dissertation von *Reinhard Liebscher*, Soziale Sicherheit als grundlegendes Ergebnis sozialistischer Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, Diss., Humboldt-Universität Berlin 1984.

2 Zu den Fernsehumfragen vgl. den Bestand Zuschauerforschung des DDR-Fernsehens des Deutschen Rundfunkarchivs, Babelsberg (DRA), URL: <www.dra.de/online/bestandsinfos/zuschauerforschung/index.html> [11.3.2010]; zur Konsum- beziehungsweise Marktforschung in der DDR vgl. *Ina Merkel*, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln 1999, S. 134–149; *dies.*, Alternative Rationalitäten, fremdartige Träume, absurde Utopien. Werbung, Marktforschung und Konsum im Sozialismus, in: *zeitgeschichte* 31, 2004, S. 5–20; zur Geschichte des Instituts für Meinungsforschung in der DDR vgl. *Heinz Niemann*, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993; vgl. zudem die 10-bändige Dokumentation: Informationszentrum Sozialwissenschaften (Hrsg.), Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten, 10 Bde., Berlin 1992–1996, sowie *Heinrich Best* (Hrsg.), Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum, Berlin 1992.

3 Vgl. allerdings *Jürgen Kaube*, Soziologie, in: *Jürgen Kocka/Renate Mayntz* (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 255–301; zur Darstel-

sehenen Quellengattung, sondern sie versprechen zudem Einblicke in die Mechanismen, mittels derer die politische Führung der DDR sich über die soziale Lage informierte – oder sich zu informieren unterließ. Denn welche Einstellungen zu Sozialstruktur und Lebensweise die Führung erfragen ließ, welches Wissen die Umfrageforschung produzierte und was mit diesem Wissen passierte und welche alternativen Formen der Verständigung über soziale Probleme sich entwickelten – diese Fragen erlauben es, sich anhand des staatssozialistischen Kontexts mit der Rolle von Umfragen als Praxis der Gesellschaftsbeschreibung zu befassen.⁴

Für die Bundesrepublik hat die historische Forschung mittlerweile eindrücklich den Prozess einer gegenseitigen Durchdringung von wissenschaftlicher Expertise und politischem, wirtschaftlichem oder alltäglichem Handeln beschrieben und in diesem Zusammenhang auf die zentrale Rolle der empirischen Sozialforschung hingewiesen.⁵ Demnach trugen die Sozialwissenschaften maßgeblich zur Selbstverständigung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft über ihre eigene soziale Ordnung bei. Für die DDR von einem parallelen Prozess auszugehen, erscheint dagegen auf den ersten Blick problematisch. Angesichts der starken Kontrolle von Wissenschaft und Öffentlichkeit liegt es dort zunächst näher, von einer ideologisierten Forschung anstatt von einer verwissenschaftlichten Politik zu sprechen. Doch blendet eine solche Deutung jene alternativen Wege in eine »sozialistische Moderne« aus, die die DDR im Laufe ihrer Entwicklung nahm und die durch sozialplanerische Ambitionen ebenso gekennzeichnet war wie durch eine partielle Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse in das politische und kulturelle Handeln.⁶ Zudem

lung der Sozialforschung aus der Perspektive früherer DDR-Forscherinnen und -Forscher vgl. *Hansgünter Meyer*, Soziologie in der DDR. Erfahrungen mit einer erodierenden Disziplin, in: *hochschule ost* 3, 1994, S. 114–122; vgl. zudem die Beiträge in: *Hans Bertram* (Hrsg.), *Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland*, Opladen 1997; *Nikolai Genov/Reinhard Kreckel* (Hrsg.), *Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag*, Berlin 2007; *Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke* (Hrsg.), *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin 1999; sowie generationengeschichtlich *Vera Sparschuh*, *Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft*, Hamburg 2005.

- 4 Zur Historisierung von Mechanismen der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert vgl. vor allem *Felix Keller*, *Archäologie der Meinungsforschung. Mathematik und die Erzählbarkeit des Politischen*, Konstanz 2001; *Nick Hubble*, *Mass-Observation and Everyday Life: Culture, History, Theory*, Basingstoke 2006; *Sandra E. Igo*, *The Averaged American. Surveys, Citizens, and the Making of a Mass Public*, Cambridge 2007.
- 5 *Paul Nolte*, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000; *Christoph Weischer*, *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«*. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004; *Alexander Nützenadel*, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005; *Benjamin Ziemann*, *Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975*, Göttingen 2007; *Anja Kruke*, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007; *Jens Adamski*, *Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969*, Essen 2009.
- 6 *Katherine Pence/Paul Betts* (Hrsg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2008; vgl. insbesondere zur Psychologie in der DDR *Greg Eghigian*, *Homo Munitus. The East German Observed*, in: ebd., S. 37–70; vgl. zudem *Peter C. Caldwell*, *Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic*, Cambridge 2003; *Dolores L. Augustine*, *Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany, 1945–1990*, Cambridge 2007; zur Nutzung von psychologischen sowie psychiatrischen Methoden und Wissensbeständen im Ministerium für Staatssicherheit vgl. *Sonja Süß*, *Politisch missbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR*, Berlin 1999, 673–688.

droht sie, die Gemeinsamkeiten in der Wissenschaftsgläubigkeit und dem kybernetisch inspirierten Glauben an die Prognostizierbarkeit gesellschaftlicher Prozesse zu übersehen, die während der 1960er Jahre zu beiden Seiten des ›Eisernen Vorhangs‹ vorherrschten.⁷

Vor diesem Hintergrund verspricht eine Analyse von Prozessen der Verwissenschaftlichung in der DDR – die zugleich die Verflochtenheit mit und Abgrenzung von westdeutschen Entwicklungen in den Blick nimmt – das Verständnis für die Parallelen und Abweichungen in den Entwicklungen beider Gesellschaften zu erweitern.⁸ Sie trägt dazu bei, Herrschaft in der DDR in einem Spannungsfeld zwischen politischer Repression und einer beständigen Sorge um die soziale Zufriedenheit der Bevölkerung zu verorten.⁹ Zugleich wirft sie allgemeine Fragen im Hinblick auf das Verhältnis von gesellschaftlicher Selbstdeutung und wissenschaftlicher Praxis auf. So stellt sich mit Blick auf die DDR die von der Wissenschaftsforschung wiederholt diskutierte Frage nach dem Verhältnis von deutender Sozialforschung und gedeuteter Gesellschaft noch einmal neu, indem sie die Bedeutung medialer Vermittlungsprozesse unterstreicht.¹⁰ Denn was passiert, wenn zwar die wissenschaftliche Forschung die Gesellschaft in soziale Gruppen untergliedert und deren Einstellungen erfasst, wenn dieses Wissen der betreffenden Gesellschaft aber nur begrenzt zugänglich ist – und sie zugleich über die Medien auf alternative Repräsentationen des Sozialen zurückgreifen kann? Im Fall der DDR stand dem oder der Einzelnen, vermittelt über die Medien der Bundesrepublik, stets ein zweites Referenzsystem zur Verfügung, an dem sich die Konsum- und Mobilitätsersparnis orientieren und die eigene Lebensweise messen konnte.¹¹ Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit und sozialer Schichtung in der DDR, auf die sich die folgende Analyse besonders konzentriert, folgte damit nicht nur den politisch-ideologischen Setzungen der SED-Diktatur, sondern

7 Margit Szöllösi-Janze hat auf die Parallelen im Glauben an eine rationale Planbarkeit in der Bundesrepublik und der DDR während der 1960er Jahre verwiesen: *Margit Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte*, in: *Hans Günther Hockerts* (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 277–305; zu einer vergleichenden Perspektive auf die Planungseuphorie der 1960er Jahre vgl. zudem *Heinz Gerhard Haupt/Jörg Requate* (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004.

8 Vgl. in diesem Zusammenhang die methodisch-theoretischen Überlegungen von Christoph Kleßmann und Konrad H. Jarausch zu einer integrierten Nachkriegsgeschichte: *Christoph Kleßmann*, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2005, B 18–19, S. 3–11; *Konrad H. Jarausch*, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1, 2004, H. 1, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-1-2004>> [15.3.2010].

9 Jarausch hat mit Blick auf dieses Spannungsverhältnis zwischen »care« und »coercion« die DDR treffend als ›Fürsorgediktatur‹ beschrieben; *Konrad H. Jarausch*, *Care and Coercion. The GDR as Welfare Dictatorship*, in: *ders.* (Hrsg.), *Dictatorship as Experience*, New York 1999, S. 47–69.

10 Vgl. die Überlegungen des Wissenschaftsphilosophen Ian Hacking zu den Kopplungen und Rückkopplungen zwischen sozialwissenschaftlich generierten Klassifikationen und den Gruppen, auf die sie sich beziehen – und die sich zu ihrer Beschreibung verhalten, sie annehmen, adaptieren oder ablehnen, sich somit unter Umständen also verändern. Hacking bezeichnet das als »looping effect«; *Ian Hacking*, *The Social Construction of What?*, Cambridge 1999, S. 31–34.

11 Vgl. hierzu unter anderem *Axel Schildt*, *Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR*, in: *Arndt Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver* (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 58–71; *Thomas Lindenberger*, *Geteilte Welt, geteilter Himmel? Der Kalte Krieg und die Massenmedien in gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive*, in: *Klaus Arnold/Christoph Classen* (Hrsg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Berlin 2004, S. 27–46.

basierte implizit auch auf einem Vergleich mit den sozialen Verhältnissen im anderen deutschen Staat.

Das Thema der sozialen Ungleichheit besaß in der DDR eine besondere Brisanz. Die Zunahme sozialer Einheitlichkeit – die viel beschworene »Annäherung der Klassen und Schichten« – und die Gewährung sozialer Sicherheit gehörten zu den zentralen Versprechen des sozialistischen Staats. Gekoppelt an eine autoritäre Durchherrschaft der Gesellschaft bediente sich die politische Führung sozialer Sicherungssysteme ebenso wie politischer Repressionen, um Stabilität zu erreichen. Vor diesem Hintergrund stellt sich umso mehr die Frage, auf welche Weise die ostdeutsche Sozialforschung soziale Differenz erfasste und wie sich der staatssozialistische Egalitarismus auf die Verständigung über soziale Unterschiede auswirkte. Um dem nachzugehen, setzt sich die folgende Analyse zunächst in einem ersten Abschnitt mit dem Verhältnis von politischen Erwartungen, politischer Kontrolle und empirischer Sozialforschung in der DDR auseinander, um sich dann in einem zweiten Abschnitt näher mit der Umfrageforschung selbst, mit ihren Forschungspraktiken und Ergebnissen sowie – davon ausgehend – mit den Veränderungen im Umgang mit sozialer Differenz zu befassen.

I. ZUM VERHÄLTNISS VON EMPIRISCHER SOZIALFORSCHUNG UND POLITIK

Aus politischer Sicht erfüllte die empirische Sozialforschung in der DDR vor allem drei Funktionen: Ihr wurde erstens die Aufgabe zuteil, mit Hilfe wissenschaftlicher Daten die Fortentwicklung der sozialistischen Gesellschaft entlang marxistisch-leninistischer Prämissen zu beschreiben und auf diese Weise deren ideologische Fundamente nach außen zu legitimieren. Dementsprechend bewegten sich sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte in der DDR in einem eng gesteckten ideologischen Rahmen. Zweitens lieferte die Sozialforschung, deren Ergebnisse in der Regel ausschließlich ausgewählten Mitgliedern des Partei- und Staatsapparats zugänglich waren, der Parteiführung Informationen über die Stabilität der gesellschaftlichen Lage, die deren Kontrolle erleichtern sollten. Drittens schließlich dienten die von der empirischen Sozialforschung ermittelten Daten als Grundlage der wirtschafts- und sozialpolitischen Planung. Diese drei Funktionen oder Aufgaben standen nicht unbedingt in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander, sondern ihre jeweilige Bedeutung verschob sich im Laufe der Zeit: Während anfänglich, während der Etablierung der meisten sozialwissenschaftlichen Institute in den 1960er Jahren, noch ein politisches Interesse an der wissenschaftlichen Fundierung von politischen Entscheidungen bestand, nahm in den 1970er und 1980er Jahren das Interesse der SED-Führung an einer Einbindung der Forschung in das politische Handeln ab.¹² Zwar blieben die Mechanismen, mit denen die Staats- und Parteiführung die empirische Forschung steuerte, intakt, doch ignorierte sie das entstandene Wissen zunehmend. Sozialwissenschaftliche Forschung wurde zu einer Art von solipsistischem Unterfangen: Sie produzierte Forschungsdaten primär für sich selbst, aber nicht für ein außerwissenschaftliches Publikum.

Die quantitativ verfahrenende Umfrageforschung und namentlich die als »bürgerliche Wissenschaft« geltende Soziologie hatten sich in der DDR erst vergleichsweise spät zu etablieren vermocht.¹³ Ähnlich wie die »Sozialpolitik« aus dem offiziellen Sprachgebrauch vorübergehend verbannt wurde, galt auch die Soziologie in den 1950er Jahren als eine dem Sozialismus wesensfremde Disziplin. Überhaupt wurde der Erhebung empirischer Daten mit Skepsis begegnet; das änderte sich erst im Zuge der 1960er Jahre. Indem

12 Vgl. dazu die folgenden Ausführungen sowie *Kaube*, Soziologie, S. 274 f.; *Lothar Mertens*, Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Münster 2004, S. 34 f.

13 *Best*, Sozialwissenschaften, insb. S. 8–25.

die wissenschaftlich-technische Revolution und ein technokratisches Modell der Modernisierung zu neuen Leitbildern der Politik aufstiegen, wurde der sozialwissenschaftlichen Forschung nun ein höherer Stellenwert eingeräumt. Und nachdem individuelle Forscher Ende der 1950er Jahre bereits vereinzelt empirische Untersuchungen zu soziologischen Themen durchgeführt hatten¹⁴, entstand Mitte der 1960er Jahre eine Reihe von soziologischen Instituten.

Überhaupt kennzeichnete die späte Ulbricht-Ära eine erhöhte Bereitschaft zu Reformen, die zudem eng mit dem Glauben an Wissenschaft und Technik als Katalysatoren des Fortschritts verbunden war. Um wirtschaftliches Wachstum zu fördern und den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft zu bewirken – und um auf diese Weise mit den westlichen Industriegesellschaften gleichzuziehen –, setzte die SED-Führung in den 1960er Jahren verstärkt auf wissenschaftlich fundierte Planung. Der zunehmende Einfluss wissenschaftlichen Expertenwissens war dabei auch in anderen sozialistischen Staaten zu beobachten, in denen im Zuge der Entstalinisierung Reformdebatten einsetzten.¹⁵ Dass kybernetische Modelle in der Sowjetunion ebenso wie in der ČSSR oder der DDR Eingang in die Parteiprogramme fanden, war für die damalige Aufbruchsstimmung bezeichnend.¹⁶ Die Einrichtung sozialwissenschaftlicher Institute kann insofern als Teil eines umfassenden Trends zu Reformen in den 1960er Jahren gelten.

In der DDR gab unter anderem die akute Krise, in der sich die Volkswirtschaft zu Beginn der 1960er Jahre befand, den Anstoß zu Neuerungen. Die unter Walter Ulbricht 1963 begonnene Wirtschaftsreform – das »Neue Ökonomische System« – zielte darauf ab, die wirtschaftliche Lenkung effektiver zu gestalten und die Leistungsfähigkeit der Ökonomie zu erhöhen. In diesem Zusammenhang setzte die politische Führung ebenso auf die modernisierende Wirkung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen, wie sie Marktelemente in ihre Planungstätigkeit integrierte.¹⁷ Auch gewann ein neues Verständnis von Politik an Einfluss, indem es für die Lenkung der Gesellschaft nun erforderlich schien, Entscheidungen auf der Basis wissenschaftlich erhobener Daten zu treffen. Dem entsprach das Leitbild einer praxisnahen Wissenschaft, die sich bei der Konzeption ihrer Projekte an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte und deren Ergebnisse der Politik möglichst rasch zugänglich gemacht wurden.

Ein derart funktionales Verständnis von empirischer Forschung trat besonders offenkundig zutage, wenn es um die Ermittlung von Daten als Grundlage der wirtschaftlichen Planung ging. Dafür ist die Beschreibung der eigenen Tätigkeit charakteristisch, die das neu gegründete Institut für Bedarfsforschung 1962 an den Anfang seiner Institutsmitteilungen stellte.¹⁸ Das Politbüro, hieß es dort, habe Mängel bei der Versorgungsplanung festgestellt. Um dem zu begegnen, sei nun das Institut gegründet worden, das die Ent-

14 Meyer, Soziologie; Helmut Steiner, Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung. Voraussetzungen – widersprüchlicher Verlauf und ausgewählte Ergebnisse, in: Ingrid Lötsch/Hansgünter Meyer (Hrsg.), Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung. Beiträge zu einem Kolloquium in Memoriam Manfred Lötsch, Berlin 1998, S. 25–60.

15 Zu den Parallelen siehe die Beiträge in *Haupt/Requate*, Aufbruch.

16 Zum Verhältnis von Kybernetik, Politik und Herrschaftspraxis in der Sowjetunion vgl. den Beitrag von Eglė Rindzevičiūtė in diesem Band; zur DDR vgl. Frank Dittmann, Kybernetik in der DDR – eine Einstimmung, in: ders./Rudolf Seising (Hrsg.), Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007, S. 13–35.

17 André Steiner, »Kein freies Spiel der Kräfte!«. Das Neue ökonomische System als Einheit von Plan und Markt, in: *Haupt/Requate*, Aufbruch, S. 43–64.

18 Zu den Anfängen der Bedarfsforschung in den 1950er Jahren vgl. hingegen Mark Landsman, Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge 2005, S. 149–172.

wicklung des Bedarfs »ständig beobachten« und »den leitenden Staatsorganen Maßnahmen für die Verbesserung ihrer Arbeit vorschlagen« werde. Die Bedarfsforschung sollte damit »unmittelbar der Verbesserung der Versorgung dienen und die staatlichen Organe befähigen, ihre Arbeit stärker als bisher wissenschaftlich zu fundieren.«¹⁹ Zu diesem Zweck sollte mit Hilfe regelmäßiger Umfragen sowohl das bestehende Verhältnis von Angebot und Bedarf beobachtet als auch dessen langfristige Entwicklung prognostiziert werden. Zudem plante das Institut, Informationen zum Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR herauszugeben, die mit den Daten der Bundesrepublik abgeglichen werden sollten.²⁰

Tatsächlich erhob das Leipziger Institut für Bedarfsforschung – später umbenannt in »Institut für Marktforschung« – bis 1989 regelmäßig Daten zum Verbrauch der DDR-Bevölkerung und setzte sie in Relation zu Einkommen, Familiengröße, Klasse oder Schicht. Die häufig auf repräsentativen Umfragen basierende Forschung löste sich dabei rasch von der reinen Nachfrage nach bestimmten Warensorten und wandte sich der Lebensweise der Bevölkerung im weiteren Sinne zu. In den Fokus der Untersuchungen rückten vermehrt die Zeitbudgets, die Freizeitgestaltung und die Konsumorientierung verschiedener sozialer Gruppen – bis zu dem Punkt, dass die Forscherinnen und Forscher in den 1980er Jahren eigene Verbrauchertypen zu bilden begannen, die quer zu der gängigen Aufteilung nach Klassen und Schichten lagen.²¹ Die von ihnen erhobenen Daten sollten ebenso den Staatsorganen wie Industrie und Handel zur Verfügung stehen, und das Institut veröffentlichte einen Teil seiner Forschungsergebnisse in vierteljährlich erscheinenden Mitteilungen.²² Dass die Arbeit der Marktforschung in erster Linie der Organisation der Wirtschaft dienen sollte, spiegelte sich in deren Organisation wider: Zunächst angegliedert an das Ministerium für Handel und Versorgung, wurde das Institut 1967 auf »wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt«. Es finanzierte sich über Aufträge und schloss separate Verträge mit den Auftraggebern ab, zu denen an erster Stelle das Handelsministerium gehörte, aber auch andere, wie die Staatliche Plankommission oder die Vereinigung Volkseigener Warenhäuser, zählten.²³ Die Marktforschung sollte ein Problem lösen helfen, das für die Planwirtschaft zentral war: Sie sollte zwischen den Ansprüchen der Verbraucher und der Produktion von Waren vermitteln. In erster Linie hieß das, dass sie Informationen über Bedarf und Verbrauch beschaffen sollte, die der wirtschaftlichen Planung dienlich waren. Dass die Forschenden dabei ebenso auf ihre eigenen prognostischen Möglichkeiten wie auf die Planbarkeit der Produktion vertrauten, zeigte sich schon daran, dass 1962 von Vorarbeiten die Rede war, die die Entwicklung von Verbrauch und Bedarf bis 1980 betrafen.²⁴

Während der Aufstieg der Marktforschung zu Beginn der 1960er Jahre eng an die sich verschiebenden Prioritäten der Wirtschaftspolitik unter Ulbricht gebunden war, orientierte sich die Etablierung anderer sozialwissenschaftlicher Institute in dieser Zeit an dem um-

19 O. A., Die Aufgaben und die Arbeitsweise des Instituts für Bedarfsforschung, in: Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung 1, 1962, S. 2; vgl. auch die Konzeption der Forschungsarbeit des Instituts, 3.6.1964, BArch Berlin, DL-102/14.

20 O. A., Die Aufgaben, S. 2.

21 Vgl. unter anderem Institut für Marktforschung, Henning Krieger, Erarbeitung der methodischen Grundlagen für die Erforschung des Bevölkerungsbedarfs und seiner einzelnen Gruppen nach sozialökonomischen Bedürfniskomplexen, 15.5.1983, BArch Berlin, DL-102/1568.

22 Die »Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung«, später umbenannt in »Bedarfsforschung«, dann in »Marktforschung: Mitteilungen des Instituts für Marktforschung«, erschienen von 1962 bis 1990.

23 Vertragspartner waren zudem unter anderem die Zentrale Warenkontore, die HO-Hauptdirektion sowie der Verband Deutscher Konsumgenossenschaften und das Versandhaus Leipzig; Willi Köppert, 10 Jahre Forschungsarbeit im Dienste der Versorgung unserer Werktätigen, in: Marktforschung 1967, Sonderheft, S. 1–5, hier: S. 2 f.

24 O. A., Die Aufgaben.

fassenden Ziel einer wissenschaftlich fundierten Gesellschaftsplanung. Einer solchen Absicht folgte jedenfalls Mitte der 1960er Jahre die Gründung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), das sich im Rahmen der erziehungspolitischen Offensive der SED mit der »jungen Generation« in der DDR befassen sollte.²⁵ »Unsere Arbeit«, hieß es dazu bei einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats für Jugendforschung am 29. Januar 1965, »hat in Veränderungen einzumünden, das heißt sie hat die Leitungen staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen bei der Entwicklung einer wissenschaftlichen Leitungstätigkeit zu unterstützen und schließlich vor allem der Jugend selbst bei der Lösung ihrer Probleme behilflich zu sein.«²⁶

Sowohl im Vorfeld der Institutsgründung wie auch später pochten die Verantwortlichen bei der FDJ und anderen Stellen auf eine möglichst große Praxisnähe der Institutsarbeit. Dementsprechend hieß es in dem Perspektivplan der Jugendforschung, den das Amt für Jugendfragen 1965 für die folgenden fünf Jahre erstellte: Die Hauptaufgabe der Jugendforschung bestehe darin, »in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen mit erfahrenen Jugenderziehern und Jugendfunktionären« die vielfältigen Probleme zu untersuchen, die sich aus dem Aufbau des Sozialismus ergäben.²⁷ 1966 gegründet und dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat nachgeordnet, konzentrierte sich das Leipziger Zentralinstitut vor allem auf die Erforschung der Lebensumstände von Jugendlichen in der DDR. Anfänglich primär psychologisch und pädagogisch, in den 1970er Jahren dann mehr soziologisch und seit Beginn der 1980er Jahre wiederum verstärkt sozialpsychologisch orientiert, arbeitete das Institut vornehmlich quantitativ und führte von 1966 bis 1990 über 450 größere empirische Studien durch.²⁸ Zu den zentralen Projekten gehörten Vergleichsstudien, die die Forscherinnen und Forscher in regelmäßigen Abständen unter Schülern, Studenten und Lehrlingen durchführten und die darauf abzielten, mit einem Set von mehr oder minder gleichen Fragen Änderungen in deren Einstellungen über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Soziologische Umfragen zur Ausprägung sozialer Unterschiede in der DDR-Gesellschaft führten darüber hinaus vor allem zwei außeruniversitäre Institutionen durch: zum einen die »Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED« (vor 1975 »Institut für Gesellschaftswissenschaften«); zum anderen das 1978 gegründete »Institut für Soziologie und Sozialpolitik« (ISS), das in Berlin zur »Akademie der Wissenschaften der DDR« gehörte. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften war dabei als ZK-Institut parteinäher und stärker der Kontrolle durch die SED-Führung unterstellt, doch hatten beide Institute Einfluss auf die Planung von Untersuchungen zu sozialpolitischen Fragen, indem sie jeweils Sitz von Wissenschaftlichen Räten im Bereich der Soziologie und Demografie waren.²⁹

25 Zur SED-Jugendpolitik in den 1960er Jahren vgl. *Marc-Dietrich Ohse*, *Jugend nach dem Mauerbau: Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974)*, Berlin 2003, sowie *Dorothee Wierling*, *Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen in der DDR der 60er Jahre*, in: *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 624–641.

26 Leitungssitzung des Wissenschaftlichen Beirates für Jugendforschung, 29.1.1965, BArch Berlin, DC 4/802.1965.

27 Amt für Jugendfragen, *Aufgaben und Entwicklung der Jugendforschung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Perspektivplan der Jugendforschung 1965–1970*, S. 1, BArch Berlin, DC 4/802.1965.

28 *Walter Friedrich*, *Jugendforschung in der DDR. Entstehung, interdisziplinäre Arbeitsweise, Forschungsprojekte*, in: *Genov/Kreckel*, *Soziologische Zeitgeschichte*, S. 33–60, hier: S. 44; *Friedrich/Förster/Starke*, *Zentralinstitut*; *Walter Friedrich/Hartmut Griese* (Hrsg.), *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren*, Opladen 1991.

29 Der Akademie für Gesellschaftswissenschaften war der »Wissenschaftliche Rat für Soziologische Forschung« zugeordnet, während der »Wissenschaftliche Rat für Soziologie und Demo-

Während an den sozialwissenschaftlichen Instituten der DDR eine Vielzahl empirischer Studien zur sozialen Lage der Bevölkerung entstand, wurden sowohl deren Durchführung als auch die Publikation der Forschungsergebnisse politisch kontrolliert. Angefangen damit, dass der Partei- und Staatsapparat auf die Personalpolitik der einzelnen Institute und deren Zuständigkeit für bestimmte Forschungsgebiete Einfluss nahm, bewegte sich die Koordinierung der sozialwissenschaftlichen Forschung im SED-Regime auf mehreren Ebenen.³⁰ Forschergruppen mussten den Planvorgaben der für sie zuständigen Wissenschaftlichen Räte folgen. Sie mussten sich bei der Formulierung ihrer Vorhaben an langfristigen Forschungsplänen und damit an wechselnden politischen Prioritäten orientieren. Ein umfassendes System von Fünfjahresplänen legte fest, welche Einrichtung für welche Projekte zuständig war; parallele Untersuchungen zum selben Gegenstand waren damit kaum möglich.³¹ Darüber hinaus wurde die konkrete Forschungspraxis staatlich kontrolliert.

Gunnar Winkler, vormals Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik, stellte zu Beginn der 1990er Jahre in einer Grafik das Verfahren zur Genehmigung einer Umfrage in der DDR dar.³² Seine Abbildung illustriert auf anschauliche Weise die engmaschige Kontrolle der empirischen Sozialforschung durch das Regime. Der Weg von der Formulierung eines Untersuchungsanliegens bis zu dessen Genehmigung umfasste 20 Stationen und bewegte sich permanent zwischen dem Institut selbst, dem Zentralkomitee der SED und einer Reihe staatlicher Stellen hin und her. Verantwortlich für die Genehmigung von Befragungen war in erster Linie die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, doch mussten die Forschenden neben deren Kommentaren und Streichungen auch die Hinweise anderer Partei- und Staatsstellen einarbeiten. Erst wenn dieser Überarbeitungsvorgang abgeschlossen war, wurde ihr Fragebogen von der Zentralverwaltung an das Politbüro weitergegeben. Das Politbüro teilte seine Zustimmung oder Ablehnung dann dem Ministerrat mit, der wiederum den Beschluss zur Durchführung der Umfrage an die Zentralverwaltung, die Räte der Bezirke und die Akademie der Wissenschaften weitergab, bis dem Institut schließlich die Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung vorlag.

Für die Durchführung einer Umfrage bedurfte es damit eines langwierigen Verfahrens. Dass es den Forschenden derart erschwerte, sich jenseits politisch gestatteter Formulierungen zu bewegen, führte in Teilen zu einer vorselektierten Selbstzensur: Anträge wurden von vornherein ideologienah formuliert, damit sie auf dem langatmigen Genehmigungsweg nicht verloren gingen.³³ Darüber hinaus unterlagen die Berichte über erfolgte Umfragen einer erhöhten Geheimhaltungsstufe und durften zunächst nur einem kleinen Kreis politisch Verantwortlicher zugänglich gemacht werden.³⁴ Charakteristisch für diese

grafie« an das ISS angebunden war; *Mertens*, Rote Denkfabrik; *Klaus-Peter Schwitzer*, Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ISS) in und nach der Wende, in: *Bertram*, Soziologie, S. 45–74, hier insb. S. 45–47; darüber hinaus entstanden an der Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« in Berlin eine Reihe von Studien zu Lebensniveau und Lebensweise sozialer Gruppen.

30 Vgl. dazu unter anderem *Mertens*, Rote Denkfabrik, S. 14–49.

31 *Kaube*, Soziologie, S. 292.

32 *Gunnar Winkler*, Möglichkeiten und Grenzen sozialpolitischer Analysearbeit. Zur Entstehungsgeschichte des »Sozialreports«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2, 1992, S. 287–298, hier: S. 291.

33 Der Soziologe Manfred Lötsch erklärte dazu später, dass von »Verboten« nicht die Rede gewesen sei, doch habe sich eine Forschungsweise entwickelt, die »heißer Themen« entweder von vornherein umging oder sich ihnen auf eine irgendwie verdeckte Art und Weise zu nähern versuchte; *Manfred Lötsch*, Abschied von der Legitimationswissenschaft, in: *Hubertus Knabe* (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989, S. 192–199, hier: S. 197.

34 Im Falle des Leipziger Zentralinstituts gehörten die Jugendabteilung beim ZK der SED, der Zentralrat der FDJ und das Amt für Jugendfragen beim Ministerrat zum Primärverteiler.

Politik war die »Ordnung zur Sicherung der Wachsamkeit und Geheimhaltung«, die das Amt für Jugendfragen im Juli 1969 dem ZIJ zukommen ließ und in der es hieß: »Forschungsergebnisse der Jugendforschung werden grundsätzlich nicht veröffentlicht. Alle Mitarbeiter [...] sind bei ihrer Einstellung in regelmäßigen Abständen (jährlich) über die Prinzipien und Maßnahmen zur Gewährleistung der revolutionären Wachsamkeit und des Geheimnisschutzes zu belehren«, später nochmals bekräftigt durch die unmissverständliche Maßgabe: »Es sind keinerlei empirische Angaben zu veröffentlichen.«³⁵ Auch gab es keine eigene soziologische Fachzeitschrift in der DDR, ungeachtet dessen, dass sich viele Soziologinnen und Soziologen darum bemühten und in anderen ›Ostblock‹-Staaten entsprechende Publikationen existierten.³⁶

Wie stark Forscherinnen und Forscher kontrolliert wurden, divergierte je nach Disziplin. So waren Psychologen, die qualitativ arbeiteten, in ihrer Publikationsfreiheit weniger eingeschränkt als Soziologen, die empirisch erhobene Daten kaum veröffentlichen durften.³⁷ Lediglich ein geringer Prozentsatz ihrer Forschungsergebnisse wurde publiziert, und gerade quantitative Angaben durften nur in sehr begrenztem Maße erscheinen. Walter Friedrich zufolge, der seit 1966 durchgehend Leiter des Zentralinstituts für Jugendforschung gewesen ist, konnten empirische Daten aus den dort durchgeführten Studien nur angeführt werden, wenn sie »keine ernsten politisch-ideologischen Probleme anzeigten«. Vieles, so Friedrich, »durfte nur verschlüsselt oder gar nicht genannt werden«.³⁸ Für die Mitglieder des Leipziger Zentralinstituts erwiesen sich diese Vorgaben insofern als problematisch, als ihre Untersuchungsergebnisse seit den 1970er Jahren in zunehmendem Maße den politischen Erwartungen der SED-Führung zuwiderliefen, da die befragten Jugendlichen dem sozialistischen Staat immer distanzierter oder sogar ablehnend gegenüberstanden. Die Regierung versuchte daher zwischenzeitlich, die dort durchgeführten Intervallstudien vollständig zu unterbinden, so dass die Mitglieder des Instituts bei ihren Umfragen den Jugendlichen zwar weiterhin die bewährten Standardfragen stellten, darauf aber in ihren offiziellen Berichten nicht Bezug nahmen.³⁹ Zudem kam es vor, dass bestehende Schriftenreihen aufgrund von politischen Vorbehalten wieder eingestellt wurden, wie im Falle der vom Zentralinstitut seit 1966 herausgegebenen Schriftenreihe »Jugendforschung«, die nach 1970 nicht mehr erscheinen durfte.⁴⁰

Dieser Publikationsverlauf war kennzeichnend für die Haltung der sozialistischen Führung im Übergang zu den 1970er Jahren, die im Nachhall der Niederschlagung des Prager Frühlings Reformen abbrach und die – zumal unter Erich Honecker – die sozialwissenschaftliche Wissensproduktion stärker politisch zu kontrollieren suchte. Dass auch der

35 Amt für Jugendfragen, Ordnung zur Sicherung der Wachsamkeit und Geheimhaltung, 14.7.1969, S. 3, BArch, Berlin, DC 4/832.1965.

36 Allerdings gab das Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften 1980 bis 1989 ein »Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik« heraus, das Beiträge aus unterschiedlichen soziologischen Bereichen versammelte.

37 Zur ideologischen Bindung der unterschiedlichen Disziplinen an den Marxismus-Leninismus und den damit verbundenen Differenzen vgl. Renate Mayntz, Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR, in: Kocka/dies., Wissenschaft, S. 461–483.

38 Walter Friedrich, Geschichte des Zentralinstituts für Jugendforschung. Anfänge der Jugendforschung in der DDR, in: ders./Förster/Starke, Zentralinstitut, S. 13–69, hier: S. 48.

39 »Weil Ende der 70er Jahre bei unseren Zeitvergleichen zunehmend stagnative oder bereits repressive Trends im politischen Bewusstsein der Jugendlichen zutage traten [...], wurde von den zentralen Leitungen sogar verlangt, auf unsere bewährten Standard-Fragen zu verzichten, um exakte Trendaussagen von vornherein auszuschließen [...]. Wir haben daraufhin in Forschungsberichten eine Zeit lang solche Vergleiche nicht mehr erwähnt, doch trotz dieses Verbots auch in den folgenden Untersuchungen auf unsere Standardindikatoren nicht verzichtet«; ebd., S. 33.

40 Ebd., S. 40.

vorübergehende Boom der Kybernetik in dieser Zeit sein Ende fand, war charakteristisch für den sinkenden Einfluss wissenschaftlicher Planungsideale. Kybernetische Modelle verschwanden in der DDR, wie im Übrigen auch in anderen sozialistischen Ländern, in den 1970er Jahren aus dem politischen Diskurs.⁴¹

Der Trend von einer vorübergehenden politischen Öffnung Mitte der 1960er Jahre hin zu einer Abkehr von wissenschaftlich erhobenen Einschätzungen der politischen Lage prägte in jedem Fall die Geschichte der Meinungsforschung in der DDR. Angeschlossen an das Zentralkomitee der SED, dem es zuarbeitete, war das Institut für Meinungsforschung 1964 gegründet worden und führte in erster Linie Umfragen zu politischen Sachverhalten durch.⁴² In ihrer Themenwahl konnten diese Befragungen auf den ersten Blick durchaus westdeutschen Studien ähneln, zumal die Demoskopien die von ihnen erhobenen Daten wiederholt mit denen westdeutscher Institute verglichen. Beispielhaft dafür war eine der ersten Umfragen, die das Institut im Juni 1965 durchführte und die sich mit »einigen Problemen der sozialistischen Demokratie« befasste.⁴³ Die Befragten sollten sich darin ebenso dazu äußern, ob sie »die für ihren Wahlbezirk zuständigen Volksvertreter« kannten, wie sie dazu aufgefordert wurden, zu erklären, ob – und wie erfolgreich – sie sich schon einmal bei einer staatlichen Dienststelle beschwert hatten. Die Antworten waren kaum dazu angetan, die Partei- und Staatsführung zu erfreuen: Auf die Frage, ob ihre Beschwerde bei einer Dienststelle zu ihrer Zufriedenheit erledigt worden sei, bejahten beispielsweise 47% der Befragten, aber 39% verneinten und 14% erklärten, ihre Anfrage sei noch nicht erledigt.⁴⁴ Mit Blick auf solche Befunde ist es wenig überraschend, dass das von den Meinungsforschern produzierte Wissen nur wenigen Mitgliedern der Führungsebene zugänglich war – und dass 1979 schließlich beschlossen wurde, das Institut zu schließen. Während offiziell argumentiert wurde, dass das parteiinterne Informationssystem so gut sei, dass es die Meinungsforschung überflüssig mache, spricht vieles dafür, dass die vom Institut registrierte ungenügende Zustimmung zum SED-Regime zu dessen Schließung führte.⁴⁵

Generell war der bei weitem größte Teil der in Umfragen erhobenen Daten in der DDR nur einem kleinen Kreis von ausgewählten Mitgliedern des Parteiapparats und der Verwaltung sowie den Wissenschaftlern selbst zugänglich. Die SED-Führung hatte demnach kein beziehungsweise ein nur sehr selektives Interesse daran, die Bevölkerung mit Daten über ihre Lebensweise und Meinung zu versorgen. Die ausgeprägte Sorge darum, dass konkretes Wissen über die soziale Lage und die Haltung der Bevölkerung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich sein könnte, ging indes nicht mit der Kürzung finanzieller Mittel einher. Vielmehr verbesserte sich die personelle Ausstattung vieler Institute seit den 1960er Jahren. Das ZII, das 1966 die Arbeit mit einer Gruppe von sieben Wissenschaftlern begonnen hatte, beschäftigte 1980 bis zu 50 wissenschaftliche sowie 40 (häufig teilzeitbeschäftigte) nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.⁴⁶ Das Personal der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED wuchs⁴⁷, und das 1978 gegründete Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften beschäftigte im September 1989 allein 36 Wissenschaftlerinnen und Wissen-

41 Dittmann, Kybernetik.

42 Niemann, Meinungsforschung, S. 16–24.

43 Institut für Meinungsforschung, Bericht über eine Umfrage zu einigen Problemen der sozialistischen Demokratie, 1965, BArch Berlin, SAPMO, DY/30/5198.

44 Ebd., S. 19.

45 Niemann, Meinungsforschung, S. 54–60; Peter Förster, Volksmeinung war geheim. Über Demoskopie in der DDR vor der Wende, in: SPIEGEL Spezial 1991, H. 1, S. 91–93, hier: S. 91.

46 Friedrich, Jugendforschung, S. 43.

47 Vgl. hierzu Mertens, Rote Denkfabrik, S. 36 und 58–61.

schaftler in Leitungsfunktionen, als Professoren, Abteilungs- oder Forschungsgruppenleiter.⁴⁸

Zugleich hatte gerade in den 1980er Jahren der Austausch zwischen politischen Stellen und Wissenschaftlern deutlich nachgelassen, und Rückmeldungen zu den versandten Forschungsberichten unterblieben.⁴⁹ Der Soziologe Manfred Lötsch, der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED der Abteilung »Sozialstruktur in der sozialistischen Gesellschaft« vorstand, beschrieb diese Kommunikationssituation 1989 in einem Sammelband, in dem »Reformer und Oppositionelle« aufgerufen waren, sich zu der Zukunft ihres Landes zu äußern. Schließlich sei zu fragen, erklärte Lötsch, wen die zutage geförderten Forschungsergebnisse überhaupt erreichten:

»Die Antwort, die ein Soziologe, der diese Arbeit immerhin über viele Jahre getan hat und dabei [...] nicht ohne Einblick in interne Mechanismen geblieben ist, geben kann, mag in ihrer Einfachheit überraschen: Ich weiß es nicht. Mir ist aus mehrjähriger soziologischer Beschäftigung mit Themen, die man durchaus nicht als peripher abtun kann (Sozialstruktur, soziale Unterschiede, Ungleichheit etc.), keine wirklich kompetente Reaktion auf Studien, Forschungsberichte etc. bekannt. Daran, dass es den bisherigen Trägern höherer politischer Funktionen überhaupt an »Aufklärung« gelegen ist, darf man nach alledem durchaus zweifeln.«⁵⁰

Angesichts derartiger Einschätzungen liegt die These nahe, dass die SED-Führung unter Honecker ihre Wissenschaftspolitik nunmehr lediglich zur Legitimation ihres politischen Handelns nach außen betrieb, nicht aber, weil sie tatsächlich an einer wissenschaftlichen Politikberatung interessiert war.

Indes versprach nicht nur die Umfrageforschung, der Politik Daten über die Stimmung der Bevölkerung zu liefern. Vielmehr boten sich das Eingabewesen und die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit an die DDR-Führung als alternative Informationsquellen an. Offiziell als eine quasi-demokratische Form der direkten Kommunikation zwischen Bürger und Staat konzipiert, kamen den Eingaben aus Sicht der DDR-Führung verschiedene Funktionen zu: Sie lieferten Informationen über konkrete ökonomische Bedürfnisse und Probleme.⁵¹ Sie halfen, die Arbeit des eigenen bürokratischen Apparats zu kontrollieren, und sie enthielten Informationen über die Zufriedenheit der Bevölkerung – und damit über die Stabilität der politischen Lage. Tatsächlich geben die konkreten Eingabentexte Einblick in alltägliche Verteilungsmechanismen und -erwartungen. Die Bürgerinnen und Bürger wandten sich damit an verschiedene Dienststellen auf Kreis-, Bezirks- oder Staatsebene, um auf Missstände aufmerksam zu machen oder Anliegen vorzubringen. Dass die Zahl der Eingaben in den 1980er Jahren dramatisch anstieg, kann insofern ebenso als Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile gelten, wie es die Engpässe in der Versorgung mit Konsumgütern in dieser Zeit widerspiegelt.⁵² Zugleich weist die nachlässige Bearbeitung der Eingaben durch den Staats- und Parteiapparat darauf hin, dass die SED-Führung letztlich, ähnlich wie mit Blick auf die Umfrageforschung,

48 *Schwitzer*, *Das Institut*, S. 47.

49 *Mertens*, *Rote Denkfabrik*, S. 50.

50 *Lötsch*, *Abschied*, S. 197.

51 Zum Eingabewesen in der DDR vgl. *Jonathan R. Zatlin*, *The Currency of Socialism. Money and Political Culture in East Germany*, Cambridge 2007, S. 286–320; *Oliver Werner*, »Politisch überzeugend, feinfühlig und vertrauensvoll? Eingabenbearbeitung in der SED«, in: *Heiner Timmermann* (Hrsg.), *Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR*, Berlin 1996, S. 461–479.

52 *Zatlin*, *Currency*, S. 287, 292 f. und 299–304; *Zatlin* weist darauf hin, dass den Staatsrat 1981 62.187, 1989 aber bereits 107.347 Eingaben erreichten. Er schätzt, dass die Ostdeutschen in den 1980er Jahren durchschnittlich etwa 500.000 Eingaben pro Jahr an Institutionen schickten; ebd., S. 293 und 299 f.; *Werner* stellt allerdings für Leipzig für die 1980er Jahre keinen vergleichbaren Anstieg fest; *Werner*, *Eingabenbearbeitung*, S. 469.

kaum bereit war, sich mit den ihr zugänglichen Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage zu befassen.⁵³

Das gilt in gewisser Weise auch für die Daten, die die Staatssicherheit zu gängigen Einstellungen ermittelte. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verfasste bis 1989 durchgehend Stimmungsberichte, in denen unter anderem auf die materielle Lage der Bevölkerung und deren jeweilige Zufriedenheit mit der Versorgungssituation eingegangen wurde.⁵⁴ Doch unterlag diese Berichterstattung Konjunkturen: Zum einen, weil sie sich im Umfeld zentraler politischer Ereignisse, wie dem Mauerbau, der Niederschlagung des Prager Frühlings oder der deutsch-deutschen Annäherung intensiverte, zu anderen Zeiten aber ausdünnte. Und zum anderen, weil die politische Führung unterschiedlich stark an derartigen Berichten interessiert war, so dass die Stimmungsberichte zwischenzeitlich sogar aussetzten.⁵⁵ Auch dass die »Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung« seit 1974 offiziell nur im MfS an den Minister und dessen Stellvertreter gingen, die Parteiführung aber bis zum Herbst 1989 nicht mehr im Verteiler stand, weist darauf hin, dass namentlich Honecker sich nur mäßig für die schriftlichen Berichte des MfS interessierte.⁵⁶

Insofern ist nicht davon auszugehen, dass die politische Führung die empirische Sozialforschung schlicht für unnötig hielt, weil sie Zugriff auf die geheimdienstliche Berichterstattung hatte. Vielmehr deutet in allen drei Fällen der Umgang mit den Daten zur Stimmung der Bevölkerung darauf hin, dass die SED-Führung unter Honecker nicht gewillt war, vorhandene Informationen wahrzunehmen – zumal, wenn sie ihrem Weltbild zuwiderliefen. Dem entspricht die Aussage des ZK-Sekretärs für Wissenschaft, Kurt Hager, der bei seinem Parteiausschlussverfahren am 20. Januar 1990 erklärte, »dass zahlreiche Gesellschaftswissenschaftler umfangreiche wissenschaftliche Materialien zu verschiedenen Bereichen erarbeitet hatten, die aber im Politbüro [...] gänzlich unbeachtet blieben. Das Politbüro war unfähig, strategisch wichtige Entscheidungen auf der Grundlage der von Wissenschaftlern erarbeiteten Konzeptionen zu treffen.«⁵⁷ In den 1960er Jahren hatte sich in der gestiegenen Nachfrage nach Umfragedaten noch ein Interesse an wissenschaftlichen Informationen über die soziale Lage ausgedrückt, das wiederum selbst Ausdruck einer gewissen Bereitschaft zu Reformen war. Dagegen mehrten sich in den 1980er Jahren die Anzeichen für ein ausgeprägtes Desinteresse an einer solchen Expertise – potenziell deswegen, weil die vorhandenen Daten den Entscheidungsträgern in Staat und Partei nur allzu deutlich die Notwendigkeit zu politischen Veränderungen vor Augen führten.⁵⁸

53 Ebd., S. 296–299; vgl. auch die Einschätzung Zatlins: »Absent the threat of punitive action, East German bureaucrats simply ignored procedural regulations for handling the grievances contained in petitions. The SED's ideological justification of its rule, as well as the large number of agencies reporting on public opinion, led the SED under Honecker to underestimate the petition system as a source of information about the effectiveness of its rule«; *Zatlin*, *Currency*, S. 289.

54 *Jens Giesecke*, Bevölkerungstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er Jahren, in: *Zeitgeschichtliche Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 5, 2008, H. 2, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Giesecke-2-2008>> [10.3.2010].

55 Beispielsweise weist Jens Giesecke darauf hin, dass nach einem Bericht über Reaktionen auf die Bundestagswahl von 1972 »für ein gutes Jahr eine absolute Funkstille in der Stimmungsberichterstattung an die Parteispitze« eingesetzt habe; ebd., S. 9.

56 Ebd.

57 Zitiert nach *Mertens*, *Rote Denkfabrik*, S. 37.

58 Für diese Haltung illustrativ ist eine Dienstanweisung, die das ZIJ im Sommer 1989 erhielt und mit der das Amt für Jugendfragen den Institutsmitarbeitern ausdrücklich jegliche Einschätzung der politischen Situation untersagte; *Förster*, *Volksmeinung*, S. 93.

II. UMFRAGEWISSEN UND SOZIALE ORDNUNG: PRAKTIKEN UND ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN SOZIALFORSCHUNG

Angesichts der bestehenden Steuerungsmechanismen spiegelte die sozialwissenschaftliche Forschung in der DDR weniger die bestehenden sozialen Verhältnisse wider als die sich verschiebenden ideologischen Setzungen der Staats- und Parteiführung sowie die politiknahe Haltung der Forschenden selbst. Eine Analyse ihrer Forschungsergebnisse von den 1960er bis zu den späten 1980er Jahren entspricht damit in Teilen einer Analyse des von der politischen Führung vorgegebenen Verständnisses der sozialistischen Gesellschaft. Darüber hinaus zeugen die über Umfragen ermittelten Daten jedoch auch von dem Bemühen einzelner Forscherinnen und Forscher, ungeachtet der politischen Vorgaben zu Erkenntnissen über die tatsächliche Verfassung der sozialistischen Gesellschaft zu kommen. Dabei orientierten sich die Betreffenden nicht selten an den zeitgleich in der Bundesrepublik geführten soziologischen Debatten und integrierten dort gängige Methoden in die eigene Untersuchung. Auch folgten sie dem Vorbild der Umfrageforschung anderer sozialistischer Staaten, mit denen sie gemeinsame Projekte durchführten. Im Hinblick auf die Veränderungen im wissenschaftlich generierten Wissen über die ostdeutsche soziale Ordnung sind dabei vor allem zwei Entwicklungen bemerkenswert: zum einen der sich im Laufe der Zeit verändernde Umgang mit sozialer Differenz; zum anderen die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend offene Auseinandersetzung mit der ausgeprägten Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile.

Allgemein folgte das soziologische Narrativ in der DDR dem Geschichtsmodell des Marxismus-Leninismus, wonach es die Zugehörigkeit zu einer Klasse oder Schicht war, die – je nach Entwicklungsstadium der sozialistischen Gesellschaft – maßgeblich über die individuelle Stellung, Persönlichkeit und Lebensweise bestimmte. Ausgehend von einem 2-Klassen-/1-Schicht-Modell, wurde Sozialstruktur in der DDR offiziell als nicht-antagonistisches Klassenverhältnis konzipiert. Das Postulat, dass Klassen und Schichten sich im Sozialismus einander annäherten und die Lebenslagen aller sozialen Gruppen sich angleichen, wich erst in den frühen 1980er Jahren einer vorsichtigen Auseinandersetzung mit Formen der sozialen Ungleichheit. Erst in dieser Zeit wurden soziale Unterschiede zu einem von der Forschung offen behandelten Merkmal der eigenen Gesellschaft, während die »simplifizierende Gleichsetzung von ›Annäherung‹ mit [...] fortschreitender Unterschiedslosigkeit« zunehmend kritisiert wurde.⁵⁹ Letztlich dominierten Klasse und Schicht dennoch beinahe durchgehend als Modi der gesellschaftlichen Differenzierung im soziologischen Diskurs.⁶⁰ Darüber hinaus und damit verschränkt widmete sich eine Vielzahl von Untersuchungen dem Fortbestehen oder der Ablösung der klassischen Geschlechterrollen in Familie und Beruf. Da die Emanzipation zu den Zielen gehörte, denen sich das sozialistische Regime verschrieben hatte, befassten sich zahlreiche Befragungen seit den 1960er Jahren mit der Aufgabenverteilung von Frau und Mann im geteilten Haushalt oder

59 *Ingrid Lötsch/Manfred Lötsch*, Soziale Strukturen und Triebkräfte: Versuch einer Zwischenbilanz und Weiterführung der Diskussion, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1985, S. 159–178, hier: S. 175; *Ingrid Lötsch/Manfred Lötsch*, Kontinuität und Wandel in der Sozialstrukturforschung der DDR, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1989, S. 231–248; *Rudi Weidig*, Sozialstruktur und Lebensweise bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: *Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR*, 25.–27. März 1980, Berlin 1981, S. 10–55; *Manfred Lötsch*, Soziale Strukturen als Wachstumsfaktoren und als Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 6, 1982, S. 721–731; vgl. zudem die Beiträge in: *Lötsch/Meyer*, Sozialstruktur.

60 Das verdeutlicht eine Stichwortanalyse der 10-bändigen Dokumentation: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Sozialforschung in der DDR.

mit der Berufswahl von Frauen und deren Stellung in der Arbeitswelt.⁶¹ Auch widmete sich eine Reihe von Studien der Erforschung von Unterschieden zwischen städtischer und ländlicher Lebensweise, womit implizit stets auch die Versäumnisse beim Ausbau der verkehrstechnischen Infrastruktur und der Bereitstellung zufriedenstellender Wohnungen abgefragt wurden.⁶²

In erster Linie spiegelte sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung allerdings das Selbstverständnis der DDR als Arbeitsgesellschaft wider, die Lohnarbeit und Beruf als soziale Kategorien privilegierte.⁶³ Der Großteil der Studien orientierte sich an einer berufs-basierten Einteilung der Gesellschaft in Klassen, Schichten oder Berufsgruppen (in die sich politische Zuschreibungen mischten, indem Mitglieder des politischen Apparats zur Arbeiterklasse gezählt wurden)⁶⁴, und die Mehrzahl der Untersuchungen wählte ihre Population selektiv anhand der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Betrieben aus. Gerade die Soziologie war nahezu ausschließlich an den Berufs- und Lebensumständen von Arbeitnehmern interessiert, während eine Erforschung der sozialen Lage anderer Gruppen – wie etwa der Rentner – fast vollständig unterblieb.⁶⁵ Selbst bei der politisch gerade in den 1960er Jahren immer wieder eingeforderten Auseinandersetzung mit Jugendlichen lag ein besonderer Schwerpunkt auf deren Berufswahl und ihrer Haltung zu Betrieb, Ausbildung und Studium. Die Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Altersgruppen waren aus Regimesicht vornehmlich dahingehend relevant, dass die älteren Generationen Erfahrungen mit nicht-sozialistischen Verhältnissen gemacht hatten, während die Jüngeren im Sozialismus aufwuchsen und damit an ihnen die Formung des neuen sozialistischen Menschen verwirklicht werden sollte.⁶⁶ Gerade bei der in der DDR soziali-

61 Der für diesen Bereich primär zuständige Wissenschaftliche Rat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« war dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik zugeordnet; vgl. in diesem Kontext zudem die Untersuchungen des Zentralinstituts: ZIJ, Forschungsbericht: Zu Fragen der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung von Mädchen und jungen Frauen in der DDR (Frauenstudie), Leipzig 1975, GESIS, Köln, ZIJ-Projekte, 00/128; *Otmár Kabat vel Job*, Zur Bedeutung der Arbeitsteilung von Mann und Frau bei häuslichen Arbeiten für die Ehegestaltung in jungen Ehen, Leipzig 1974, GESIS, Köln, ZIJ-Projekte, 00/104; vgl. auch *Jutta Gysi/Rainer Schubert*, Zu einigen methodischen Problemen empirisch-soziologischer Familienforschung – Rückschau und Ausblick, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1989, S. 277–292.

62 Vgl. hierzu vor allem die Arbeiten des Stadtsoziologen *Siegfried Grundmann*, *Das Territorium. Gegenstand soziologischer Forschung*, Berlin 1981; *ders.*, Zur Entwicklung der territorialsoziologischen Forschung in der DDR – Versuch einer Bilanz, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1989, S. 215–231; Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie (Hrsg.), *Forschungsbericht zur Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern*, Berlin 1989, GESIS, Köln, ZA 6336.

63 Zu dieser Charakterisierung der DDR-Gesellschaft vgl. *Martin Kohli*, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr* (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 31–61.

64 Vgl. hierzu auch *Heike Solga*, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S. 27. Zu den bildungspolitischen Folgen einer solchen Aufweichung der Definitionskriterien für Arbeiter und Bauern vgl. *Ingrid Mieth*, *Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR: Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik*, Opladen 2007.

65 Vgl. allerdings die beiden auf Umfragen basierenden Dissertationen von *Karin Trollius*, Zur sozialen und gesundheitlichen Situation von Bürgern im höheren Lebensalter in einer Landgemeinde (Parey), Diss., Humboldt-Universität Berlin 1985; *Christian Landmann*, Zur Lebensweise im höheren und hohen Lebensalter, Diss., Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, 1989.

66 »Der entscheidende [...] Faktor für die Entwicklung unserer jungen Generation ist selbstverständlich, dass sie im Arbeiter-und-Bauern-Staat lebt. Unsere sozialistischen Produktionsverhältnisse und die darauf basierenden neuen menschlichen Beziehungen, die Tätigkeit unserer

sierten »jungen Generation« schien es wichtig zu erfahren, wie sie sich in die Arbeitswelt einfindet und inwieweit sie die ideologischen Setzungen des Regimes annahm.⁶⁷

Das zeigte sich bereits in der frühen Befragung zum »Prestige der Berufe«, die die Arbeitsgruppe Soziologie beim Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften 1964 durchführte. Interessiert an Mobilitätsmustern und an der Widerspiegelung von sozialen Strukturen »im Massenbewusstsein«, ließen die Forscherinnen und Forscher unter anderem in zwei FDJ-Zeitschriften, dem FORUM und der »Jungen Welt«, Anzeigen drucken, in denen sie die Leserinnen und Leser zur Teilnahme an einer Befragung aufriefen. Dazu war eine alphabetisch angeordnete Skala abgedruckt, die vom Arzt über den Hauptabteilungsleiter und die Krankenschwester bis hin zum Werksdirektor 33 Berufsbezeichnungen auflistete. Die Teilnehmenden waren aufgefordert, die Berufe gemäß ihrem Prestige anzuordnen, und wurden gebeten zu begründen, welche Kriterien (Einkommen, Besitz, Bildungsniveau, Weisungsbefugnis, Art der Arbeit, geforderte Leistung oder die allgemeine öffentliche Meinung) sie für ausschlaggebend hielten. Zumindest im FORUM war die Gestaltung der Anzeige nicht wirklich neutral, beispielsweise wenn direkt neben dem Text ein Foto einen jungen Mann auf einer Wiese zeigte, der ein Schaf in den Armen hielt, während darunter das Bild einer in die Kamera lächelnden Frau mit Kopftuch in ähnlicher Weise die Vorzüge der Landwirtschaft illustrierte.⁶⁸

Der Soziologe Helmut Steiner, der an der Studie beteiligt war, setzte die Durchführung der Untersuchung später in Bezug zur westdeutschen Sozialstrukturforschung, die sich mit Mobilitätsmustern und der sozialen Schichtung der Gesellschaft befasste. »Wir begannen etwa zeitgleich mit Ralf Dahrendorf und seinem Assistenten Wolfgang Zapf in der BRD und sahen darin ein erstrebenswertes Feld für künftig denkbare BRD-DDR-Vergleichsuntersuchungen.«⁶⁹ Mit Blick auf die Bedeutung, die der subjektiven Zuordnung zur sozialen Ordnung zeitgleich in der westdeutschen Forschung beigemessen wurde, stellte für Steiner die Frage nach dem Rang der verschiedenen Berufe den Versuch dar, subjektive Dimensionen in die eigene Untersuchung zu integrieren: »Wir wollten daraus nicht die objektiv gegebene Gesellschaftsstruktur ableiten, wir wollten wissen, wie sie im Massenbewusstsein wahrgenommen wird.«⁷⁰ Tatsächlich kamen die Forscher zu dem Ergebnis, dass von »der überwiegenden Mehrheit« der direkt oder per Annonce Befragten eine »vertikale Differenzierung« der Gesellschaft entsprechend den verschiedenen Berufen angenommen wurde.⁷¹ Ungeachtet des viel gepriesenen Miteinanders von Hand- und Kopfarbeitern in der DDR schätzten viele das Prestige verschiedener Tätigkeiten unterschiedlich hoch ein, und gerade klassisch-bürgerliche Berufe wie die des Arztes oder Universitätsprofessors genossen weiterhin das höchste gesellschaftliche Ansehen.

Sofern die in den folgenden Ausgaben der beiden Jugendzeitschriften veröffentlichten Leserbriefe in diesem Zusammenhang als verlässliche Quelle gelten können, zeigten sich allerdings einige der Befragten über die Form der Befragung irritiert. Sie stießen sich vor allem an der Auswahl der Berufe, die in der Umfrage aufgelistet wurden. Aus über 1.000 Berufen, erklärte Manfred Boden aus Korbussen, seien 33 willkürlich ausgewählt worden.

Partei, der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen haben das Antlitz einer neuen, einer sozialistischen Generation geformt«; Walter Friedrich/Adolf Kossakowski, *Zur Psychologie des Jugendalters*, Berlin 1962, S. 127.

67 Vgl. hierzu unter anderem Wierling, *Erzieher*; zur generationellen Struktur der DDR-Gesellschaft generell vgl. *Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries* (Hrsg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2006.

68 Umfrage »Prestige der Berufe«, in: FORUM 1964, H. 24, S. 10; vgl. auch die – anders gestaltete – Anzeige »Berufe und ihr heutiges Ansehen«, in: *Junge Welt*, 7.1.1965, S. 5.

69 Steiner, *Von den Anfängen*, S. 40.

70 Ebd., S. 42.

71 Ebd., S. 45.

»Es fehlen solche repräsentativen Berufe wie Mannequin, Stewardess, Kindergärtnerin, Matrose, Minister, Schauspieler. Und was sollen die Hunderttausende[n] sagen, die bei der Reichsbahn, der Post und vor allem in der Bauwirtschaft arbeiten? Ihre Berufe fehlen vollkommen! Somit kann eine Rangordnung der zufällig ausgewählten Berufe angreifbar und für die nicht aufgeführten Berufe beleidigend sein (wenn man die Umfrage so ernst nimmt).«

Er habe daher, unterstrich Boden, den Fragebogen nicht beantwortet.⁷² In ähnlicher Weise beschwerte sich Henryk Keisch aus Berlin-Niederschönhausen darüber, dass wichtige Berufsgruppen in der Liste völlig fehlten. Zum Beispiel sei nicht ein einziger künstlerischer Beruf genannt. »Auch der konkrete Fall meines Sohnes (Kunsthistoriker) passt in keine Ihrer Kategorien.« »Umfragen können«, schloss Keisch, »etwas sehr Gutes sein, aber der Erfolg hängt von richtigen Fragestellungen ab, die ich hier nicht erkenne.«⁷³ Und Peter Arlt aus Halle, von Beruf Kartografischer Zeichner und jetzt bei der NVA als Stabsmatrose tätig, erklärte: »Eine das Vorurteil fördernde Umfrage – wer ist mehr wert? Die Umfrage zwingt zur oberflächlichen ›Verallgemeinerung‹, was ich nicht leiden kann.«⁷⁴

Inwiefern diese Leserbriefe repräsentativ waren für die Schreiben, die beide Zeitschriften erhielten, ob sie tatsächlich von Lesern und nicht von Mitgliedern der Redaktion verfasst oder aufgrund welcher Kriterien sie ausgewählt wurden, ist schwer zu sagen. Steiner jedenfalls kommentierte später, dass die Befragten auf die Frage nach dem Berufsprestige – verglichen mit allen anderen Fragen – mit der größten Zahl von Verweigerungen reagiert hätten. Auch hätten die »über hundert kritischen Leserbriefe an ›Junge Welt‹ und FORUM zu solcherart Fragestellungen und die ablehnenden Reaktionen des Amtes für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR auf diese Umfrage« deren »ambivalente Aufnahme« veranschaulicht.⁷⁵ Allerdings hat der Anspruch von Sozialforschern, eine »repräsentative Auswahl« zu treffen, auch in anderen (demokratischen) Kontexten das Misstrauen der Befragten hervorgerufen, die sich selbst nicht angemessen repräsentiert fanden und die von der ungewohnten Arbeitsweise der empirischen Forschung irritiert waren.⁷⁶ Die Zweifel der befragten Zeitschriftenleser müssen daher nicht spezifisch für die repressiven Bedingungen des SED-Regimes sein, sondern können mit einer verbreiteten Skepsis im Umgang mit wissenschaftlichen Befragungsmethoden zusammengehangen haben. In jedem Fall verweisen die zitierten Leserbriefe aber auf einen Aspekt, der im Zusammenhang mit der Sozialforschung in der DDR schwerlich ausgeblendet werden kann: Die Frage nämlich, inwiefern sich die Befragten sicher genug fühlten, um auf die ihnen vorgelegten Fragen ehrlich zu antworten.

Forscherinnen und Forscher, die per Fragebogen oder in Interviews Umfragen durchführten, sicherten den Befragten stets Anonymität zu, und es gibt keine Hinweise darauf, dass sie dieses Versprechen nicht einhielten.⁷⁷ Darüber hinaus hoben die verschiedenen Forschungsinstitute in ihren Berichten in der Regel die hohen Rücklaufquoten hervor.⁷⁸ Dass sich ein hoher Anteil der Angesprochenen oder Angeschriebenen an Umfragen be-

72 FORUM 1965, H. 1, S. 5.

73 Ebd., S. 13.

74 Ebd.

75 Steiner, Von den Anfängen, S. 42.

76 Vgl. etwa die von Sandra E. Igo in ihrer ausgezeichneten Analyse der empirischen Sozialforschung in den USA beschriebenen Proteste gegen die frühen »repräsentativen« Befragungen von Gallup und anderen: Igo, *The Averaged American*, S. 150–190.

77 Sowohl in Fragebögen als auch bei der Durchführung mündlicher Befragungen wurde darauf verwiesen, dass die Anonymität der Teilnehmenden gewahrt blieb und Unterlagen nicht an Dritte weitergegeben wurden; vgl. zum Beispiel den Gesprächsleitfaden zu der eingangs zitierten Sicherheits-Studie: Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Entwurf zum Leitfaden zum Gruppengespräch »Soziale Sicherheit und Leistungsverhalten«, März 1983, GESIS, Köln, ZA 6889.

78 Vgl. dazu auch Niemann, *Meinungsforschung*, S. 22 und 29.

teiligte, lässt jedoch nur bedingt auf ihre Haltung zu den Befragungen schließen: Sie mochten schlicht das Gefühl haben, dass ihre Teilnahme nicht freiwillig war. Überhaupt müssen die Ergebnisse derartiger Umfragen stets vor dem Hintergrund der ambivalenten Stellung der Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in der DDR gesehen werden, die sich erstens in der Regel systemkonform verhielten und deren Umfragen zweitens von den Befragten als potenziell regimenah eingeschätzt wurden, selbst wenn ihnen Anonymität versprochen und dieses Versprechen wohl auch gehalten wurde. Insbesondere unter Wissenschaftlern in Leitungspositionen war der Anteil an SED-Mitgliedern hoch, zumal in den späten 1970er und in den 1980er Jahren.⁷⁹ Da die fragenden Sozialforscher, der Logik des SED-Kadersystems entsprechend, in der Regel ein parteinahes Curriculum durchlaufen hatten, war zu erwarten, dass die Analysanden sie als politiknah einstufen. In der historischen Forschung ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass eine autonome Öffentlichkeit im Staatssozialismus nicht existierte und die Bevölkerung angesichts der repressiven Bedingungen stark zwischen im öffentlichen und im privaten Raum vertretenen Meinungen differenzierte – und die eigene Sprechweise dem jeweiligen Kontext anpasste.⁸⁰ Es ist demnach davon auszugehen, dass die Sozialforschung eher die öffentliche denn die private Meinung der Befragten erfasste.

Dass eine Reihe von Umfragen dennoch die Unzufriedenheit mit sozialen und politischen Verhältnissen registrierte, weist indes darauf hin, dass die Teilnehmenden durchaus bereit waren, kritische Antworten auf die ihnen vorgelegten Fragen zu geben. Davon abgesehen erlauben es die vorhandenen Studien in jedem Fall, relative Veränderungen im Antwortverhalten zu erfassen – zumal wenn die Reaktionen auf gleiche oder ähnliche Fragestellungen über einen weiten Zeitraum miteinander verglichen werden können. Beispielsweise deuten die vom Zentralinstitut für Jugendforschung im Rahmen von Intervallstudien erhobenen Daten in den 1980er Jahren auf ein – im Vergleich zu den Erhebungen früherer Jahre – zunehmend distanzierteres, in Teilen sogar konflikthafte Verhältnis der Jugendlichen zum sozialistischen Staat hin.⁸¹ Folgt man den Antworten auf durchgängig gestellte Fragen nach der Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Arbeits-, Einkommens- und Wohnsituation, nach ihrem politischen Engagement oder nach der Bedeutung, die sie der marxistisch-leninistischen Weltanschauung auf der einen oder einem hohen Einkommen auf der anderen Seite zuwies, sind deutliche Veränderungen zu erkennen. Bei den Untersuchungen, die das Institut regelmäßig unter Schülern, Lehrlingen und Studenten durchführte, zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Jugendlichen sich von den Vorgaben der sozialistischen Führung entfernten. Besonders markant zeigte sich diese Entwicklung in drei Bereichen: Die Berichte vermerkten erstens, dass sich das Sozialleben der Jugendlichen immer stärker in informelle, nicht-staatliche Bereiche verlagerte und dass sie sich an Gleichaltrigen orientierten, während die Eltern als Vorbild an Einfluss verloren. Zweitens stellten die Forscherinnen und Forscher mit Blick auf die Lebensziele von Jugendlichen ein gewachsenes Bedürfnis nach Selbstbestimmung sowie ein Streben nach Individualität und Lebensgenuss, nach materiellem Besitz und Konsum fest.⁸² Insbesondere unter Lehrlingen wurde, zumal in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, eine solche Verschiebung in den Wertorientierungen festgestellt. Und drittens konstatierten die Forscher für die 1980er Jahre – nachdem sie zuvor in den 1970er Jahren eher von einer Konsolidierung sozialistischer Überzeugungen ausgegangen waren – einen politischen

79 Unter neu berufenen Professoren lag der Anteil an SED-Mitgliedern seit Mitte der 1970er Jahre bei über 80%. *Jürgen Kocka*, Wissenschaft und Politik in der DDR, in: *ders./Mayntz*, Wissenschaft, S. 435–459, hier: S. 451.

80 *Gieseke*, Bevölkerungsstimmungen, S. 4.

81 *Friedrich/Förster/Starke*, Zentralinstitut; *Friedrich/Griese*, Jugend und Jugendforschung.

82 *Gustav-Wilhelm Bathke*, Soziales Profil und gesellschaftlich-politische Einstellungen von Studierenden in der DDR, in: *Genov/Kreckel*, Soziologische Zeitgeschichte, S. 61–96, hier: S. 90.

Mentalitätswandel und stellten gerade für die zweite Hälfte der 1980er Jahre eine rückläufige Zustimmung zum Staat sowie zu sozialistischen Werten fest.⁸³

Generell lassen die soziologischen Analysen der 1980er Jahre deutliche Verschiebungen in der akzeptierten Beschreibung der sozialen Ordnung erkennen. Das zeigte sich daran, dass unveröffentlichte wie veröffentlichte Studien zu Lebensweise und Sozialstruktur in der DDR immer häufiger vom klassischen Modell der sich einander annähernden Klassen und Schichten abwichen. Während zuvor Einheitlichkeit als Leitbegriff gedient hatte, wurden Differenz und Ungleichheit nun zu häufiger gebrauchten – und offiziell akzeptierten – Beschreibungsmustern. Wie die Analyse divergierender Lebensweisen oder Lebenschancen eingebettet und inwieweit sie mit einer Kritik an bestehenden Verhältnissen verbunden wurde, variierte indes stark. Charakteristisch dafür waren die Versuche der Marktforschung, in den 1980er Jahren im Stile westdeutscher Milieuanalysen Verbrauchergruppen zu bilden, die sich in ihrem Freizeit- und Ernährungsverhalten sowie ihren Konsumgewohnheiten unterschieden. Neben dem Verbrauch nach Klasse, Schicht oder Alter, hieß es in einer Grundlagen-Studie von 1983, ließen sich Gruppen mit »weitgehend ähnlichen Bedürfnissen« finden – wie etwa die »Bewohner oder Bezieher von Neubauwohnungen, PKW-Besitzer, Haushalte mit Spartätigkeit, Haushalte mit Urlaubsreisen«.⁸⁴ Auf der Basis von Umfragen suchten die Forscherinnen und Forscher nach der Korrelation von bestimmten Konsumvorlieben mit anderen Merkmalen – wie den Hobbys, der Ausstattung des Haushalts oder der Spartätigkeit. So befragte das Leipziger Institut im November 1988 1.841 Männer mit Hilfe standardisierter Fragebögen zu ihren Freizeit-, Ernährungs- und Bekleidungspräferenzen und bildete auf dieser Basis sieben Verbrauchertypen, zu denen der »modebewusste aktive Mann« (3 %) ebenso gehörte wie der »jüngere Familienvater« (21 %), der »etablierte Ehemann« (20 %), der »Praktiker« (32 %), der »aktive Jugendliche« (7 %), der »weniger aktive jüngere Mann« (5 %) und der »unauffällige ältere Mann« (8 %).⁸⁵

Männer des Verbrauchertyps »modebewusster aktiver Mann«, hieß es in der Auswertung, lebten insgesamt sehr erlebnisorientiert.⁸⁶ Im Durchschnitt etwa 35 Jahre alt, führten sie häufig, zumindest aber hin und wieder handwerkliche Tätigkeiten aus, verzeigten, trieben oft Sport und hielten sich gern im Garten auf. Der Arbeitsteilung im Haushalt stünden sie ebenso aufgeschlossen gegenüber wie einer gesunden Ernährung. Ihr hoher Motorisierungsgrad – ca. 80 % hätten einen PKW – biete »gute Voraussetzungen für eine aktive Lebensgestaltung«. Auch sei ihr Modeinteresse sehr stark ausgeprägt; die meisten wollten mit ihrer Bekleidung »ihre Persönlichkeit, ihren individuellen Typ unterstreichen

83 Ebd.; Förster, Volksmeinung, S. 92; vgl. hierzu vor allem die Ergebnisse einer Längsschnittstudie, die das ZIJ gemeinsam mit der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau durchführte und bei der zwischen 1987 und 1989 in drei Wellen Schülerinnen und Schüler befragt wurden. Demnach sank bei den Befragten die Bereitschaft merklich, die vom SED-Regime hochgehaltenen Werte als die eigenen anzuerkennen; ZIJ, Sächsische Längsschnittstudie, 1. bis 3. Welle 1987, Politischer Mentalitätswandel in der Endzeit der DDR, GESIS, Köln, ZA 6213- 6215; die Studie wurde nach 1989 fortgeführt.

84 Vgl. unter anderem Institut für Marktforschung, Leipzig, Henning Krieger, Erarbeitung der methodischen Grundlagen für die Erforschung des Bevölkerungsbedarfs und seiner einzelnen Gruppen nach sozialökonomischen Bedürfniskomplexen, 15.5.1983, S. 7 und 14–28, BArch Berlin, DL–102/1568; die theoretischen und methodischen Grundlagen hatte das Institut gemeinsam mit dem Allunions-Forschungsinstitut in Moskau entwickelt.

85 Institut für Marktforschung, Untersuchungen zum spezifischen Verhalten ausgewählter Verbrauchergruppen, dargestellt am Beispiel der männlichen Bevölkerung ab 15 Jahre in den Bedürfniskomplexen Freizeit, Bekleidung und Ernährung und erste Schlussfolgerungen für die künftige Sortimentgestaltung, Teilstudie 1: Allgemeine Verbrauchertypologie, 1989, BArch Berlin, DL–102/2178.

86 Ebd., S. 12 f.

sowie zumindest teilweise mehr Sicherheit im Auftreten erlangen und sich von anderen Männern abheben.«⁸⁷ Sie kauften daher neue Kleidung nicht erst dann, wenn die alte nicht mehr passte oder zu abgetragen war, sondern wenn sie unmodern geworden war. Über den am häufigsten vertretenen »Praktiker« hieß es hingegen, er sei vornehmlich handwerklich-praktisch interessiert, mit geringerem Modeinteresse, während der »unauffällige ältere Mann« als Kürzel für »wenig interessierte ältere Männer und Rentner mit wenig Modeinteresse« diene.

Es ist kennzeichnend für die Arbeitsweise der Marktforschung, dass die Autoren der Studie nicht weiter auf die Ungleichheitsstrukturen, die sie mit ihrer Typologie erfassten, eingingen. Dass der »modebewusste Mann« in Exquisitläden einkaufte, in der überwiegenden Mehrheit ein Auto besaß und das Reisen genoss, zeugte von dessen privilegiertem Zugang zu Konsumgütern. Umgekehrt gehörten Rentner – die »unauffälligen älteren Männer« – in der DDR-Gesellschaft zu den sozial und ökonomisch stark benachteiligten Gruppen.⁸⁸ Derartige Unterschiede ließen die Autoren jedoch eher als eine Frage des frei gewählten Lebensstils denn als ein Problem der divergierenden Teilhabe an einer selektiven Verteilungspolitik erscheinen. Während der ungleiche Zugang zu Westwährung und gehobenen Konsumgütern in der DDR-Bevölkerung zu ausgesprochenem Unmut führte – wie unter anderem die Eingaben veranschaulichen –, ließen die Marktforscher die Konflikthaftigkeit der von ihnen beschriebenen Unterschiede unerwähnt.⁸⁹ Nichtsdestoweniger nahmen ihre Verbrauchertypologien Bezug auf ein stärker individualisiertes Bedürfnis nach Konsum.

Es gehörte nicht zu den Zielen der Marktforschung, sich mit gesellschaftlichen Strukturen auseinanderzusetzen. Anders verhielt sich das im Falle der Sozialstrukturforschung, die in der Spätphase der DDR begann, soziale Unterschiede neu zu konzeptualisieren. Indem sie Differenzen in Qualifikation und Einkommen im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Funktion bewerteten und als leistungsfördernde »Triebkräfte« beschrieben, setzten Soziologen wie Manfred Lötsch oder Rudi Weidig sich zu Beginn der 1980er Jahre auf veränderte Weise mit sozialer Ungleichheit auseinander.⁹⁰ Ihre an Effizienz und Leistung orientierte »Triebkraftthese« beschrieb Unterschiede als funktional und wendete sie damit ins Positive. Derart dem politischen Leitbild der Leistungsgesellschaft eingepasst, wurden soziale Unterschiede zu einem akzeptierten Element soziologischer Beschreibungen. Im Laufe der 1980er Jahre öffnete sich diese Diskussion noch weiter: Soziologinnen und Soziologen begannen, zwischen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Unterschieden zu differenzieren, und gingen auf die Bündelung von ungünstigen Arbeits- und Wohnbedingungen und einer geringen sozialen Mobilität »sowohl im intra- als auch im intergenerationellen Sinne« bei einzelnen Gruppen ein.⁹¹ Selbst der lange verpönte Begriff der »sozialen Gerechtigkeit« fand Eingang in ihre Studien.

Kennzeichnend für diese Entwicklung ist eine Untersuchung, die die Akademie der Wissenschaften im Frühjahr 1989 zu »Sozialer Gerechtigkeit« durchführte. Schon in ihrer

87 Ebd., S. 12–14.

88 Vgl. unter anderem *Gerhard A. Ritter*, Thesen zur Sozialpolitik der DDR, in: *Dierk Hoffmann/Michael Schwartz* (Hrsg.), *Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989*, München 2005, S. 11–30, hier: S. 19–21.

89 Vgl. hierzu unter anderem *Annette Kaminsky*, Ungleichheit in der SBZ/DDR am Beispiel des Konsums: Versandhandel, Intershop und Delikat, in: *Lothar Mertens* (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur*, Berlin 2002, S. 57–79.

90 *Weidig*, Sozialstruktur und Lebensweise; *Lötsch*, Soziale Strukturen als Wachstumsfaktoren; vgl. auch *Lötsch/Lötsch*, Soziale Strukturen; *dies.*, Kontinuität.

91 *Lötsch/Lötsch*, Soziale Strukturen, S. 165.

Einleitung wiesen die beteiligten Autoren darauf hin, dass in den vergangenen Jahren in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion »Fragen der sozialen Gerechtigkeit und damit verbunden von sozialer Gleichheit und Ungleichheit, von Einheitlichkeit und Differenziertheit [...], von gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Unterschieden« einen wachsenden Stellenwert erhalten hätten.⁹² Soziale Differenzierung, so die Autoren, entstehe dem aktuellen Forschungsstand zufolge nicht nur durch unterschiedliche Eigentumsverhältnisse, sondern auch durch Bildungsunterschiede, durch die »Stellung in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit« und durch unterschiedliche territoriale Lebensbedingungen. Überhaupt gingen sie davon aus, dass die Unterschiedlichkeit in der sozialen Lebensweise von der Forschung mittlerweile differenzierter bewertet werde als früher.⁹³ Im Rahmen ihrer unveröffentlichten Untersuchung, die Angehörige aller Altersgruppen einschloss, stellten die Autoren eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen fest. Sie brachten diese Haltung unter anderem damit in Verbindung, dass gerade bei Jüngeren, die über keine Erfahrung mit anderen Sozialsystemen verfügten, die Gewöhnung an das soziale Sicherungssystem der DDR zu einem erhöhten Anspruchsdenken geführt habe.⁹⁴ Damit machten die Autoren auf einen generationellen Konflikt aufmerksam: Die seit den späten 1960er Jahren in der DDR Geborenen entfernten sich demnach erkennbar von den Wertorientierungen der Aufbaugeneration, welche in der Zwischenkriegszeit geboren und stärker egalitaristisch-kollektivistischen Werten verpflichtet war – und die in der DDR den maßgeblichen Teil der politischen Führungsschicht stellte.⁹⁵ »Für die junge Generation stellen sich Errungenschaften des Sozialismus nicht als von ihnen selbst Errungenes dar. Daraus resultieren zum Teil für die ältere Generation unverständliche Beurteilungen der Entwicklung, aber auch Ansprüche an die Gesellschaft.« Die Verfasser stellten damit Veränderungen in den Bedürfnissen der Bevölkerung fest, unterließen es aber, sich mit den herrschenden Verhältnissen selbst – mit den Versorgungsengpässen, dem unterschiedlich privilegierten Zugang zu Waren oder den Unterschieden im Zugang zu höherer Bildung – näher zu befassen.

Im Rahmen einer weiteren Analyse, die 1989 gleichfalls am Institut für Soziologie und Sozialpolitik entstand, stellten die Soziologen Reinhard Liebscher und Rainer Schubert die Ergebnisse verschiedener Studien zusammen, die am Institut im Zeitraum von 1982 bis 1989 zu den Einstellungen von unter 30-Jährigen entstanden waren.⁹⁶ Ihr knapper Bericht gibt einen Einblick in das durchaus vorhandene Wissen um die verbreitete Unzufriedenheit mit den Konsummöglichkeiten, der Wohn- und Umweltsituation und der begrenzten politischen Partizipation in der Spätphase der DDR. An erster Stelle verzeichneten die Autoren dabei ein Auseinanderklaffen von wachsenden Ansprüchen auf der einen und den vorhandenen Lebensbedingungen auf der anderen Seite:

»Jedoch sind in den letzten Jahren vor allem die materiellen und zeitlichen Bedürfnisse der Menschen so schnell und auffällig gewachsen, dass sich gerade für junge Werktätige [...] zunehmend eine merkliche Kluft aufgetan hat zwischen objektiven Erfordernissen ihrer Arbeits- und Lebens-

92 Akademie der Wissenschaften, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Studie »Probleme der Gewährleistung und Ausgestaltung sozialer Gerechtigkeit« (interner Bericht), Berlin 1989, S. 1 f., Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, FOB Gewi V, Nr. 209.

93 Ebd., S. 2.

94 Ebd., S. 1 f.

95 Ebd., siehe hierzu auch die Überlegungen Mary Fulbrooks zu den »1929ern«: *Mary Fulbrook*, Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten, in: *Schüle/Ahbe/Gries*, Die DDR, S. 113–130.

96 Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, unveröffentlichter Bericht: *Reinhard Liebscher/Rainer Schubert*, Jugend 1989: ausgewählte empirische Ergebnisse, Berlin 1989, GESIS, Köln (ohne Signatur).

weise, ihren subjektiven Ansprüchen und Erwartungshaltungen sowie den konkreten Realisierungsbedingungen im normalen Alltag. Andererseits wird deutlich, dass in breiten Kreisen – jedoch nicht nur junger Menschen – aus dem Spannungsfeld zwischen sich erhöhenden Lebensansprüchen und nicht ausreichenden Realisierungsbedingungen in der alltäglichen Lebensweise eine gewisse ›Nicht-[d]entifikation‹ mit den Wert- und Zielvorstellungen der sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen ist.«⁹⁷

Die erwähnten gewachsenen Bedürfnisse betrafen ebenso die Haushaltsausstattung der Befragten wie deren Nachfrage nach Konsumgütern, nach technischen Geräten oder PKW. Auch wiesen die Verfasser darauf hin, dass die Angehörigen aller sozialen Gruppen, Frauen wie Männer, »steigende zeitliche Aufwendungen und ›Laufereien‹ für die normale, tägliche Versorgung von Haushalt und Familie« als belastend empfanden. Darüber hinaus stellten sie fest, dass es jeweils die Bundesrepublik und das dort vorhandene Lebensniveau war, an dem sich die unter 30-Jährigen orientierten.⁹⁸ Dazu passte, dass sich der Studie zufolge junge Erwachsene in der Nutzung von Westmedien von älteren Erwachsenen unterschieden. Demnach griffen bei den 26- bis 65-Jährigen 72 % auf DDR- und BRD-Medien, 10 % nur auf westdeutsche und 16 % nur auf ostdeutsche Medien zurück, während bei den 18- bis 25-Jährigen 62 % sowohl BRD- als auch DDR-Medien nutzten, zugleich aber 31 % ausschließlich westdeutsche und lediglich 7 % ausschließlich ostdeutsche Medien nutzten.⁹⁹ Damit bestehe die Gefahr, warnten die Verfasser, dass die 18- bis 25-Jährigen sich stark an dem »vermittelten politischen und wirtschaftlichen (West-)Bild« orientierten und Informationen aus der DDR keinen Glauben schenkten.

Bereits in früheren Untersuchungen war auf die verbreitete Rezeption westdeutscher Radio- und Fernsehsendungen hingewiesen worden¹⁰⁰, doch stellte die Studie von 1989 nun die Verbindung zwischen einem westwärts gerichteten Medienverhalten und den Konsumerwartungen der ostdeutschen Jugendlichen her.¹⁰¹ Überhaupt fällt auf, dass die Autoren die Umfrageergebnisse zum Anlass nahmen, um Kritikpunkte aufzulisten und konkrete politische Empfehlungen zu formulieren. Sie vergaßen dabei nicht, auf die Umgestaltung der UdSSR im Rahmen von Glasnost sowie die Zunahme von »Besuchsreisen« ins nicht-sozialistische Ausland zu verweisen, und sie sprachen sich ebenso für die Aufhebung der Reisebeschränkungen wie für eine veränderte Umwelt- und Wohnungsvergabepolitik sowie eine offenere Diskussionskultur aus. Ihr Bericht kann insofern als das

97 Ebd., S. 3.

98 »Die Ausstattungsbedürfnisse in der genannten Breite sind hierbei in erster Linie am Stand der BRD orientiert, wo eine entsprechende Ausstattung mit Hausarbeits-, Kommunikations- und Informationstechnik weitgehend zum normalen Stand gehört«; ebd., S. 6.

99 Ebd., S. 13; angesichts der schlechten Druckqualität der Studie ist die Angabe von 16 % bei der älteren Gruppe schwer zu erkennen.

100 Laut der Parlamentsstudie des Zentralinstituts von 1975 hatten 37 % der befragten jungen Arbeiter angegeben, Westmedien »nahezu« täglich, 33 % »einmal/einige Male wöchentlich« und 18 % »einmal/einige Male monatlich« und lediglich 12 % gar nicht zu sehen; ZIJ, Peter Förster, Parlamentsstudie 1975, Teilbericht I.1.: Entwicklungsstand und Tendenzen ideologischer Grundpositionen der jungen Werktätigen und Studenten, Leipzig 1975, S. 92 f., GESIS, Köln, ZA 6078; Michael Meyen hat darauf verwiesen, dass den Westmedien in der DDR teilweise durchaus kritisch begegnet wurde, der Umgang damit aber je nach Generation variierte; Jugendliche in den späten 1970er und 1980er Jahren hätten demnach »die Tabus in Sachen West-Medien« nicht mehr gekannt; Michael Meyen, Alltägliche Mediennutzung in der DDR. Rezeption und Wertschätzung der Ost- und West-Medien in unterschiedlichen Kohorten, in: Schüle/Ahbe/Gries, Die DDR, S. 247–270, hier: S. 266.

101 Zudem gingen sie davon aus, dass immer größere Teile der Bevölkerung sich über einen Mangel an Informationen über die gesellschaftliche Lage beschwerten; insbesondere die 26- bis 30-Jährigen, aber nicht nur sie, kritisierten demnach die inner- und außerbetriebliche Informationspolitik, und lediglich ein Drittel der Befragten gab an, sich ausreichend informiert zu fühlen; Liebscher/Schubert, Jugend 1989, S. 12 f.

Zeugnis einer sich 1989 bereits im Umbruch befindlichen Gesellschaft gelten, in der die offenen Proteste der Bevölkerung die Parteiführung letztlich zwangen, sich mit der verbreiteten Unzufriedenheit zu befassen.

Darüber hinaus folgte die Studie einem allgemein zu beobachtenden Trend, wonach im Zuge der 1980er Jahre das dominierende Narrativ von der konfliktfreien Klassengesellschaft durch alternative Beschreibungen ergänzt wurde. Das Bild der sozialen Lage, das die umfragebasierte Sozialforschung in den 1980er Jahren zeichnete, ging stärker von individualisierten Erwartungen an die eigene Lebensweise aus und verortete soziale Unterschiede entlang alternativer Parameter, indem sie neben dem Arbeitseinkommen auch den Zugang zu Bildung, Konsumgütern und Wohnungen einbezog. Überdies lösten sich einige Analysen vom vorgegebenen marxistisch-leninistischen Narrativ und schlugen einen kritischeren Ton an. Dennoch ist angesichts des geringen politischen Interesses an den Ergebnissen der empirischen Forschung nicht davon auszugehen, dass diese problemorientierte Sichtweise des Sozialen in ein verändertes politisches Handeln überführt wurde. Vielmehr dürften umgekehrt gerade die durch Umfragen nachgezeichneten Abweichungen vom marxistisch-leninistischen Entwicklungsmodell die politische Führung darin bestärkt haben, sich mit diesen Daten nicht näher zu befassen.

III. KONJUNKTUREN DER VERWISSENSCHAFTLICHUNG: SOZIALES WISSEN UND POLITISCHES HANDELN IN DER DDR

Das SED-Regime war stets bestrebt, den eigenen Staat als Erfolgsmodell zu präsentieren, dem der Ausgleich sozialer Konflikte und die Einebnung sozialer Unterschiede gelungen sei. Angesichts dessen und in Anbetracht ihrer politischen Kontrolle ist es wenig überraschend, dass die Sozialforschung zunächst keine differenziertere, konflikt- oder erfahrungsorientierte Beschreibung der sozialen Ordnung entwickelte, sondern sich an dem politisch propagierten Modell der sich aneinander annähernden Klassen und Schichten abarbeitete. Doch ungeachtet der marxistisch-leninistischen Rahmung ihrer Arbeit produzierte die empirische Sozialforschung in der DDR seit den 1960er Jahren immer wieder Daten, die den Erwartungen der politischen Führung an eine ideologisch vereinnahmte und sozial vereinheitlichte Gesellschaft zuwiderliefen. Auch wandelte sich das durch die Sozialwissenschaften gezeichnete Bild der sozialistischen Gesellschaft in den 1980er Jahren: Indem Differenz und Ungleichheit, Individualisierung und Erfahrung in die Gesellschaftsbeschreibung integriert wurden, entstand auf der Folie der klar nach Klassen und Schichten gegliederten Ordnung an den Rändern der ostdeutschen Sozialforschung ein komplexeres, problembewusstes Bild der eigenen Gesellschaft.

Die Auseinandersetzung mit sozialen Ungleichheitsstrukturen in der Spätphase der DDR wies indes symptomatische blinde Flecken auf. Denn während die Forscher Unterschiede in Bildung und Qualifikation, in der Funktion im Betrieb oder im territorialen Zugang zu Handel und Verkehr in ihre Analyse einbezogen, ließen sie Machtfragen – wie die Privilegierung der politischen Führung – außen vor.¹⁰² Ebenso wenig gingen sie darauf ein, wer über Westkontakte verfügte oder auf anderen Wegen an westdeutsche Währung gelangen konnte. Die D-Mark hatte gerade in den 1980er Jahren als alternatives Zahlungsmittel an Wert gewonnen, nachdem sich im Gefolge der verbreiteten Versorgungsmängel eine Schattenwirtschaft herausgebildet hatte, die den Wert der DDR-Mark sinken ließ.¹⁰³ Doch obschon in der Bevölkerung Intershops und Westwährung als sichtbare Zeichen ungleich verteilter Konsummöglichkeiten galten, nahm die Sozialforschung darauf keinen Bezug: Beide Auslassungen weisen auf ihre politisierte Stellung im SED-

102 *Solga*, Auf dem Weg, S. 33–35.

103 Vgl. hierzu *Zatlin*, Currency.

Regime hin. In ihren Eingaben beschwerten sich Petenten in den 1980er Jahren jedenfalls darüber, dass der ungleiche Zugang zur Westmark und zu gehobenen Konsumgütern dem offiziell propagierten Egalitarismus zuwiderlief.¹⁰⁴ Auch verwies das MfS bereits in den 1970er Jahren in seinen Stimmungsberichten auf die verbreiteten Klagen über die »Un-gerechtigkeiten der doppelten Währung«.¹⁰⁵ Doch dürfte für die Eingaben und die MfS-Berichte als alternative Formen des Feedbacks über die Zufriedenheit der Bevölkerung im SED-Regime gleichfalls gelten, dass sie bei der politischen Führung kaum Reaktionen hervorriefen.

Mit Blick auf die sozialwissenschaftliche Expertise lässt sich festhalten, dass der Austausch zwischen politischer Führung und Sozialforschung Konjunkturen unterlag: Während die Machthaber in der ersten Hälfte der 1960er Jahre im Rahmen eines verbreiteten Reformwillens noch zum einen selbst an umfragebasierten Erkenntnissen interessiert schienen und zum anderen deren Veröffentlichung nicht durchgängig ablehnten, änderte sich das mit der Wende zu den 1970er Jahren. Der Prager Frühling und dessen Nieder-schlagung hatten der SED-Führung die Gefahren einer politischen Öffnung deutlich vor Augen geführt. Infolgedessen stockte die Bereitschaft zu grundlegenden Reformen merklich – und mit ihr die Bereitschaft zu einer Verwissenschaftlichung des politischen Handelns. Während die Parteiführung unter Honecker in erster Linie auf ausgedehnte Sozialleistungen setzte, um Stabilität herzustellen und die eigene Macht zu festigen, war sie anscheinend nur begrenzt willens, sich mit unerwünschten Umfragedaten über politische Einstellungen und soziale Entwicklungen zu befassen – oder einer breiteren Öffentlichkeit derartige Informationen zukommen zu lassen. Vielmehr unterband die strikte Geheimhaltung ungeplante Rückkopplungen zwischen dem umfragebasierten Wissen über die Bevölkerung und der Bevölkerung selbst. Die Publikation von Forschungsergebnissen wurde erschwert, und insgesamt unterblieb in den 1970er und besonders in den 1980er Jahren die politische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Die Infrastruktur zur Durchführung von Umfragen und damit zur Produktion von Wissen über die Bedürfnisse der Bevölkerung blieb dennoch bestehen. Es liegt damit nahe anzunehmen, dass der Parteiführung zwar durchaus symbolisch an der Verwissenschaftlichung ihres Handelns, nicht aber an der tatsächlichen Ausrichtung ihrer Politik an wissenschaftlichen Daten gelegen war. Dass sie die Forschungsstrukturen beibehielt, sprach dabei nicht nur für die Behändigkeit einmal etablierter institutioneller Abläufe, sondern entsprach mutmaßlich auch einer politischen Strategie, indem auf diese Weise eine potenziell kritische sozialwissenschaftliche Elite in das Regime eingebunden und zugleich politisch effektiv einhegt wurde. Damit existierten in den 1970er und 1980er Jahren zwar weiterhin Experten, die ein praxisnahes Verständnis von Sozialforschung propagierten¹⁰⁶, aber das von ihnen produzierte Wissen konnte nicht zirkulieren. Es verschwand meistens in Schränken und Schubladen und hatte insofern – von dem kleinen Kreis der involvierten Forscher und Befragten abgesehen – primär einen symbolischen Effekt.

Historikerinnen und Historiker haben sich im Rahmen der bemerkenswerten Konjunktur wissenschafts- und wissenschaftsgeschichtlicher Problemstellungen während der vergangenen zehn Jahre vermehrt mit Prozessen der Verwissenschaftlichung sowie dem Einfluss wissenschaftlicher Experten auf Staat und Gesellschaft befasst.¹⁰⁷ Ihre Forschung hat den

104 Ebd., S. 288, 301 und 304.

105 *Gieseke*, Bevölkerungsstimmungen, S. 14.

106 Zu diesem weiterhin propagierten Forschungsverständnis vgl. etwa *Rudi Weidig/Gunnar Winkler*, Soziologie und gesellschaftliche Praxis, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1982, S. 23–37.

107 *Jakob Vogel*, Von der Wissenschafts- zur Wissenschaftsgeschichte. Für eine Historisierung der »Wissensgesellschaft«, in: *GG* 30, 2004, S. 639–660; *Wolfgang Kaschuba* (Hrsg.), *Wissens-*

Blick geschärft für die Bedeutung, die wissenschaftlich generiertes Wissen für das Selbstverständnis moderner Gesellschaften erlangte. Während Wissenschaft in früheren Analysen oft als außer-soziale Größe erschien, die sich unabhängig von der übrigen Gesellschaft entwickelte, haben mittlerweile die vielfältigen Kopplungen und Rückkopplungen zwischen der Forschung und anderen gesellschaftlichen Entwicklungen Eingang in die Analysen gefunden.¹⁰⁸ Gegenüber der umfangreichen Literatur, die sich in diesem Zusammenhang mit der Zeitspanne vom späten 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs befasst, ist die Forschung zu den beiden deutschen Gesellschaften nach 1945 lückenhafter. Doch unterstreichen die vorhandenen Studien für Ost- wie für Westdeutschland, dass die 1960er Jahre eine Hochzeit des Glaubens an wissenschaftliches Expertentum und die Planbarkeit wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Prozesse darstellten. In dieses Bild lässt sich die Etablierung der empirischen Sozialforschung in der DDR durchaus einpassen.

Deutlich weniger untersucht wurde hingegen, inwiefern sich diese Entwicklung in den beiden deutschen Gesellschaften fortsetzte. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil Studien zu Verwissenschaftlichungsprozessen mitunter implizit einer Fortschrittserzählung zu folgen drohen, indem sie die Zunahme wissenschaftlicher Expertise konstatieren und den wachsenden Einfluss wissenschaftsförmigen Wissens beschreiben. Die Auseinandersetzung mit der DDR, deren politische Führung in den 1980er Jahren ein offenkundiges Desinteresse an wissenschaftlich erhobenen Einschätzungen der politischen Lage erkennen ließ, weist dagegen in eine andere Richtung: Sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Brüche und möglichen Variationen dieser Entwicklung mehr als bisher zu historisieren.

geschichte als Gesellschaftsgeschichte (GG 34, 2008); die Analyse von Verwissenschaftlichungsprozessen orientiert sich in Deutschland maßgeblich an den Beiträgen von Lutz Raphael; vgl. vor allem *Lutz Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193.

108 *Peter Weingart*, Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001; *ders./Martin Carrier/Wolfgang Krohn* (Hrsg.), Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft, Weilerswist 2007.